

Kampf politischer Unterdrückung in Betrieb, Schule und Hochschule



Die richtige Antwort auf die widerlichen Verleumdungen der BSU

Die BSU proklamiert ihren letzten Contrapunkt zu einer „fast reinen Kampfnummer“. Daß daraus eine reine Krampfnummer geworden ist, mag am politischen Selbstverständnis der BSU liegen.

Nachdem es der BSU nicht gelungen ist, der SAG nachzuweisen, daß sie 20 000 DM für sich aus dem Studentenwerk gezogen hat — weil das nämlich nicht stimmt — entblödet sie sich nun nicht, mit „ungeheuren Vorwürfen“ aufzukreuzen,

- dies sei aber geplant gewesen,
- auch ansonsten habe die SAG ein „undurchsichtiges Finanzgebaren“,
- man habe Genossen, die nicht mehr nützlich waren, zu Ex-Genossen befördert und ihnen einen Tritt gegeben usw. usw. (dies kann sich nur auf M. Borchert beziehen).

Die Blödeleien der BSU gehen dann sogar soweit, daß man gleichzeitig feststellt, die SAG habe „schon seit einem Jahr“ geplant, Borchert abzusetzen (die SAG existiert erst seit Mai letzten Jahres). Dies alles kommt nur, um die einmal ins Leben gerufene Legende „vom neuen Skandal im Studentenwerk“ aufrechtzuerhalten. Man könnte nun, um die einzelnen „Argumente“ des Contrapunktes zu entkräften, eine ganze Zeitung über die BSU vollschreiben (wie die BSU über die SAG), aber wir wollen damit den Leser nicht langweilen!

Die Ebene, auf der die BSU zu kritisieren wäre, ist eine ganz andere:

- zu einer Zeit, wo die Angriffe der Staatsgewalt gegen die Linke einen neuen Höhepunkt erreicht hat (Beschluss der Ministerpräsidenten, Militarisierung von Polizei und BGS, neues BVG, usw. usw. — wir haben ausführlicher darüber berichtet -);
- zu einer Zeit, wo die SAG und der ASTa Teach-ins mit über 1000 Teilnehmern organisieren;
- zu einer Zeit, wo die SAG und der ASTa mit anderen linken Organisationen eine Demonstration in Bochum mit über 2000 Teilnehmern veranstalten,

bringt die BSU ihren Contrapunkt heraus, in dem von diesen Zuspitzungen kein einziges Wort steht!

Die BSU geht so völlig an den wirklichen Problemen von Studenten, Schülern und Arbeitern vorbei, daß sie ihre Unfähigkeit auf

diesem Gebiet vertuschen muß: in falschen und unverschämten Angriffen gegen die Gruppen, die an dieser Universität den Kampf gegen die politische Unterdrückung aufgenommen haben (und d. h. hier besonders gegen die SAG). Aus diesem Grund ist der letzte Contrapunkt von einer „fast reinen Kampfnummer“ zu einer reinen Krampfnummer degeneriert. Die Aussagen der BSU in bezug auf den politischen Kampf sind so dürftig, daß auf der Uni-VV zum HRG den 1000 Teilnehmern die BSU-Resolution (die natürlich kommentarlos im Contrapunkt abgedruckt wurde), so abern erschien, daß sie bei 10 Gegenstimmen einen Antrag auf Nichtbefassung mit dieser Resolution annahm. Die BSU ist nach ihrem letzten Verhalten, besonders zu dem Ministerpräsidenten, zu albern geworden. Wir haben wichtigeres zu tun, als uns mit haltlosen Angriffen der Rechten (die sich besonders hier in Bochum ein ungeheurer progressiver Vokabular zugelegt haben) auseinanderzusetzen.

Entlarvt sich die BSU doch selbst. Sie schwingt sich auf als Propagandist und Vorstreiter der permanenten Reformen und schweigt natürlich zu einer Entwicklung, die die Dimensionen des Höhepunktes des kalten Krieges erreicht hat. Nimmt man doch seitens der DSU den Aufbau eines staatsbejahenden Studentenverbandes in Angriff, so verwundert es gar nicht, wenn sich die BSU an der Seite der Reaktion munter bei der Hetze gegen die Linke beteiligt. Damit verbunden ist natürlich auch die Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft.

Anders können die haltlose und unverschämten Vorwürfe „einer unsauberen Finanzpolitik“ nicht verstanden werden.

Wenn dem ASTa und den Fachschaften das politische Mandat abgesprochen wird, wie es die BSU in konzentrierter Aktion mit den Herrschenden tut, dann liegt in deren Augen „unsaubere Finanzpolitik“ vor, wenn der ASTa ein Teach-in mit Brückner (1200 Teilnehmer) und eine Demonstration (über 2000 Teilnehmer) zu den Berufsverböten und der politischen Unterdrückung veranstalten.

- Solche Veranstaltungen sind
- a) eine politische Notwendigkeit und
 - b) werden — eben weil sie politische notwendig, sonst nicht zugängliche Informationen vermitteln — ordnungsgemäß aus dem Haushalt unterstützt.

Genauso können wir politisch wie haushaltsrechtlich verantworten, den Fachschaftsetat mehr als zu vervielfachen. Darin hat uns auch das Studentenparlament bestätigt.

Trotz ihres eigenen Selbstverständnisses, die Gesellschaft durch Reformen schrittweise zu verändern, versucht sie, die Studenten von den reaktionären Veränderungen innerhalb der Gesellschaft abzulenken, und diese Reaktionen dadurch zu unterstützen. Der Contrapunkt schreibt Worte wie pervertierter Marxismus, Dogmatismus, Revisionismus, um sich ein schickes Image zu verschaffen, als ob man wüßte, was das ist; eine inhaltliche Füllung sucht man vergeblich. Die BSU hat seit der letzten Wahl geschlafen: erst war die SAG eine Neuaufgabe des KSB, dann der Mini-Anhänger des SHB und jetzt sind die Sozialistischen Abteilungsgruppen der böse rote Riese, vor dem man Angst hat und dem man jetzt nur noch Korruption und Kapitalistenallüren vorwerfen kann.

Wer die verfasste Studentenschaft zerschlägt, weiß auch die BSU. Das Kapital und die Kultusbürokratie wollen ja gerade die Organisation der linken Studenten verhindern, und die BSU versucht durch ihre Reibereien dies noch zu legitimieren. Sie liefert durch ihre Lügen dem Kultusministerium einen feinen Anlaß zur Zerschlagung der Asten und das ist auch in ihrem Interesse, denn die BSU selber könnte nie einen politisch wirk-samen ASTa stellen, da sie nichts kann. DB

Unter dieser zentralen Parole fand eine Aktionswoche von 18 linken Organisationen statt. Eingeleitet wurde diese Woche, die eine unmittelbare Reaktion auf die Innenministerkonferenz vom 28. 1. mit dem Verbot der Einstellung sozialistischer Beamter bei „begründetem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit“, insgesamt aber auf die zunehmende Organisation und Erprobung des juristischen, militärischen und polizeilichen Machtapparates in allen gesellschaftlichen Bereichen darstellte, durch ein Teach-in des Solidaritätskomitees mit dem DKP-Mitglied Henne. Anwesend waren leider nur 200 Kommilitonen.

das Brückner Teach-in

Mittwoch folgte ein Teach-in mit Prof. Brückner. Mit mehr als 1200 Genossen war dies die größte politische Veranstaltung in der Ruhr-Universität seit mehreren Jahren. Neben einer Analyse der Funktion der Baader-Meinhof-Gruppe als Versuch der Kriminalisierung sämtlicher sozialistischer Gruppen stand im Mittelpunkt des Teach-ins der Beitrag des Genossen Brückner.

Er analysierte die Politik der angeblichen „Sozialliberalen und reformerischen“ Bundesregierung. Selbst vorsichtige Liberalisierungsbestrebungen wie die Aufhebung des Abtreibungsverbots sind gescheitert. Insgesamt sind selbst die systemimmanenten positiven Ansätze der Regierungspolitik, deutlich vor allem im Bildungsbereich gescheitert. Auf der anderen Seite ist eine Rekonstruktion der Arbeiterbewegung, eine sichtbare Radikalisierung der Kämpfe in allen Bereichen sichtbar. Demgegenüber wissen sich Staat und Kapital nur mit zunehmender Unterdrückung, Bespitzelung und Kontrolle zu helfen.

Beifall fanden besonders die Ausführungen zur Rolle des Hochschulkampfes und zur Frage des Bündnisses von Intelligenz bzw. Studentenbewegung und Arbeiterbewegung. Brückner wies darauf hin, daß es besonders auf die spezifischen Möglichkeiten der Intelligenz für die Organisation und Unterstützung der Arbeiterbewegung ankomme. Dabei muß eine Position kritisiert werden, die diese Funktion der Intelligenz dadurch konkretisieren will, daß sie „die Studenten zu unmittelbaren Produzenten verpuppt.“

Abschließend wurde von einem Genossen der SAG der Versuch gemacht, den Erlaß der Innenminister im politischen Zusammenhang darzustellen. Es muß klar sein, daß die zunehmende politische Unterdrückung nur ein Ausdruck der Politik der SPD/FDP Bundesregierung ist. Insgesamt sind die politischen Versuche der Integration durch sogenannte „Reformen“ die hauptsächlichsten Versuche der Stabilisierung des Systems. Es besteht jedoch eine innere Notwendigkeit des deutschen Kapitalismus, die Instrumente der Repression zu schärfen und auch einzusetzen.

Bei den aktuellen Kräfteverhältnissen ist es den sozialistischen Gruppen unmöglich, eine Zurücknahme des Innenminister-Erlasses zu erzwingen. Deshalb kann die Aktionswoche nur ein Beitrag zur Konsolidierung des Hochschulkampfes für das Sozialistische Studium gewesen sein.

Nicht durch einen vereinzelt Akt der Empörung über die Schweinereien der Herrschenden wird man erfolgreich sein, sondern nur über den langfristigen Kampf in der Hochschule, besonders aber in den Betrieben.

Massendemonstration

Donnerstag demonstrierten 2000 Lehrlinge, Schüler und Studenten. Das war die größte Demonstration seit 1969 in Bochum. Vor allem war die politische Vorbereitung der Demonstration durch eine Unmasse von Flugblättern und 40 000 Exemplare einer BSZ-Sondernummer der Grund dafür, daß die Inhalte der Demonstration eine breite Unterstützung fanden. So war selbst die Presse gezwungen, vergleichsweise freundlich über die Demonstration zu berichten.

Zu den Bündnisverhandlungen

Vielleicht gab die letzte Woche für viele die Möglichkeit, den praktischen Hintergrund der Politik einer Reihe von antikapitalistischen Organisationen zu erkennen.

Auffällig war insbesondere das Auftreten des KSV, der nicht darauf verzichten wollte, eine eigene Demonstration am Ende des Tages zu veranstalten. Bei den ersten Bündnisverhandlungen versuchten die KSV-Vertreter ihre zentrale Parole — die im übrigen auch die der KPD ist — „Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes“ durchzusetzen. Als dies nicht gelang, verzichtete der KSV auf eine Teilnahme am Aktionsbündnis. War dies bereits ein Beleg für den unausgewiesenen Führungsanspruch des KSV, so setzte ein Flugblatt vom 31. 1. dem die Krone auf. Darin rief der KSV zu einer eigenen Demonstration auf, die am gleichen Tag und am gleichen Ort stattfinden sollte.

Außer diesem Flugblatt leistete der KSV kaum noch etwas zur Vorbereitung.

Was ist los mit demokratischen Rechten?

Verdeutlichen wollen wir noch einmal unsere Position zur DKP-KSV-Parole „Kampf dem Abbau der demokratischen Rechte des Volkes“.

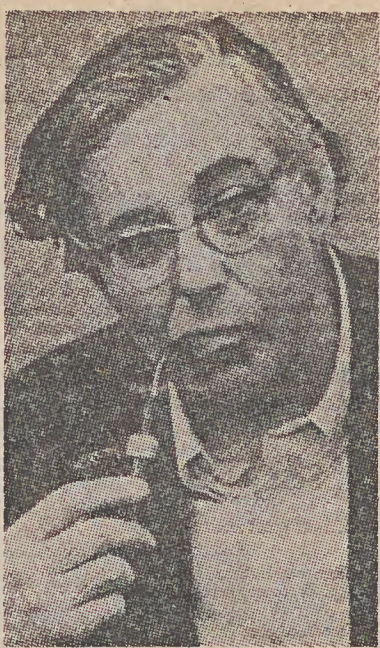
Wenn wir die gegenwärtige Entwicklung betrachten, so ist kein Abbau von Rechten festzustellen. Sozialistische Beamte wurden in den letzten Jahren deshalb seltener geschmissen, weil es keine (mehr) gab. Ihm übrigen stellt der Innenminister-Erlass nur die Neuaufgabe des Adenauer-Erlasses von 1950 dar, mit dessen Hilfe bis heute über 8000 sozialistische Beamte entlassen wurden. Was hier abgebaut worden sein soll, ist uns schleierhaft.

Rechte sind immer nur Ausdruck des aktuellen Kräfteverhältnisses zwischen den Herrschenden und der sozialistischen Bewegung. Die papiernen Rechte des Grundgesetzes sind keine Positionen, die man verteidigen kann, und zwar deshalb nicht, weil man sie gar nicht hat. Insbesondere werden jedoch durch solche Parolen die Illusionen genährt, daß die Kampfbedingungen für die sozialistische Bewegung durch Gesetze bestimmt würden. Gesetze sind immer nur Ausdruck des Kampfes, mehr nicht. Die ständige Verletzung gesetzlicher Bestimmungen durch Staat und Kapital sind nicht mit einem Lamentieren über den Anschlag auf die demokratischen Rechte zu bekämpfen. Die Versammlungsfreiheit im Betrieb ist dann gewährleistet, und dies ist z. B. aus den italienischen Kämpfen zu lernen, wenn die Arbeiter sich dieses Recht nehmen. Wenn man in der Lage ist, sich praktisch durchzusetzen, ist auch die legalistische Absicherung möglich.

Aufgrund dieser Voraussetzung kommt es nicht darauf an, Arbeiter und Studenten zur Verteidigung von Rechten zu bewegen, die sie praktisch nicht haben. Es muß vielmehr einer größeren Zahl als denen, die es ohnehin schon eingesehen haben, der gewalttätige,

repressive Charakter der Staatsgewalt als Garant des Kapitalverhältnisses vor Augen geführt werden, um die Dialektik von Reform und Repression auf seiten der Herrschenden zu verdeutlichen.

Diese Klärung und Bewußtmachung ist Voraussetzung für die Verbreiterung unserer Kampf-basis. Deshalb lautete die zentrale Parole „Kampf der politischen Unterdrückung in Betrieb, Schule und Hochschule“.



Kritik am Verhalten der DKP

Auf der anderen Seite muß das Verhalten von DKP - Spartakus und SDAJ kritisiert werden.

Die Bochumer Demonstration wandte sich nicht nur gegen das Berufsverbot, sondern stellte den Zusammenhang des Innenminister-Erlasses mit der Knebelung der Arbeiter durch das Betriebsverfassungsgesetz, die Aufrüstung der Polizei usw. her. In anderen Städten demonstrierte die DKP ausschließlich gegen das Berufsverbot.

Der Begründungszusammenhang der Bochumer Demonstration ist ein anderer als derjenige der DKP. (Vgl. dazu etwa die letzte UZ vom 4. 2.); der Innenminister-Erlass

ist verfassungswidrig, verstößt gegen das Grundgesetz usw., d. h. die zunehmende Repression wird nicht politisch erklärt aus dem Kräfteverhältnis und den zunehmenden Kämpfen, es wird nicht die SPD/FDP angegriffen, es werden nicht die Illusionen über die Möglichkeit kapitalistischer Demokratie aufgehoben, sondern die DKP zieht sich auf die grundgesetzlichen Postulate zurück, als seien dies allein die Ziele sozialistischer Politik.

Im Aktionsbündnis versuchte man allerdings zunächst, die eigenen Positionen durchzusetzen. So machte man den zynischen Vorschlag, unter der Parole „Weg mit dem Berufsverbot für DKP-Mitglieder“ zu demonstrieren. Begründung: dieser Erlaß richte sich ausschließlich gegen die DKP bzw. ihre Mitglieder.

5000 Studenten ohne Versicherungsschutz?

DSKV-Beitrag um 26 DM erhöht.

Uni-Vollversammlung heute 14.00 HZO 10

WOHNGELD

Auskunft und besonderes Formblatt beim AkaFö, Baracke 5.

Zwar nahmen DKP - Spartakus und SDAJ die Parolen des Bündnisses hin, wohl weil sie sich sonst restlos — ähnlich wie der KSV — isoliert hätten, unterstützten jedoch die Vorbereitungen kaum. Im einzigen Flugblatt von Spartakus und DKP - Hochschulgruppe erschienen im Gegensatz zu den Bündnisabsprachen nicht die zentralen Parolen.

Um die Demonstration nicht zu spalten, verzichteten die SAG und andere Gruppen vor der Demonstration darauf, dies öffentlich anzugreifen.

Vor allem in seinem Inhalt jedoch widersprach dieses Flugblatt jedoch total den Inhalten der Demonstrationsvorbereitungen durch die anderen Gruppen. Hier war auf einmal die Rede davon, die „Glaubwürdigkeit der Ostpolitik der Bundesregierung“ würde durch solche Erlasse untergraben.

Kein Wort davon, daß die Rauschmissen von Lehrern vor allem in SPD-Ländern (Hamburg, Bremen, Niedersachsen, NRW) initiiert wurden. Kein Wort davon, daß WEHNER und BRANDT sich kürzlich gegen die Angriffe der CDU/CSU mit der Bemerkung wehrten, daß man Sozialdemokraten nicht lehren müsse, wie man Kommunisten verfolgt. Darin hätten sie genug eigene Erfahrung. Das stimmt allerdings!

Stattdessen wird eine verwaschene Aktionseinheit gegen rechts und die rechten Führer der SPD proklamiert, die an diesen politischen Tatsachen vorbeigehen. Dieser Position entsprach auch die Vorbereitung der Demonstration durch Spartakus und SDAJ. Vor den Berufsschulen beispielsweise wies ausschließlich das Bochumer Lehrlingskollektiv — nicht aber die SDAJ auf die Demonstration hin, in der Uni war die Agitation mehr als dürftig.

Wir wollen mit dieser Kritik an diesen Gruppen nicht rechthaberisch auftrumpfen, sondern betrachten dies als Teil der notwendigen politischen Auseinandersetzung mit ihnen. Die Einheit in der Aktion kann und darf die Auseinandersetzung nicht verhindern. e. h.



Capitol: ACTION-AUSLESE

Do. — 15.15 17.45 20.15

10. 2. Gemma/Adorf in „AMIGOS“

17. 2. VON ANGESSICHT ZU ANGESSICHT

24. 2. Charles Bronson BRUTALE STADT

Studio: AUS DER SCHATZTRUHE

Do. — 15.30 18.00 20.30

10. 2. ZUR SACHE, SCHATZCHEN

17. 2. Gustaf Gründgens „FAUST“

24. 2. ERINNERUNGEN

AN DIE ZUKUNFT

Ausländerausbildung und politische Formierung in der BRD

Welche Bedeutung das Ausländerstudium sowohl für die Länder der 3. Welt als auch für die kapitalistischen Metropolen hat, kann nur im Rahmen einer tiefergehenden Analyse des Imperialismus, der verschiedenen Fraktionen des Kapitals und ihrer Strategien und der Aufdeckung der Widersprüche im Weltmaßstab aufgezeigt werden. Das Folgende ist lediglich ein Versuch, auf die Bedingungen einzugehen, denen die Ausländerausbildung in der BRD unterliegt und die materiellen Interessen zu enthüllen, die bestimmend sind für die politischen Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang getroffen werden.

Mitten im kalten Krieg, in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, begann die BRD eine diplomatische Offensive im Ausland zur Anwerbung ausländischer Studenten. Mit minimalen Zulassungsbedingungen und materiellen Anreizen sollten Ausländer der westdeutschen Ideologie und der abendländischen Kultur nähergebracht werden.

Zu ihrer „Betreuung“ standen die Organisationen der akademischen Auslandsämter bis zu den verschiedenen kirchlichen Vereinigungen bereit, deren Aufgabe es vornehmlich war, „apolitische“ Veranstaltungen durchzuführen, welche die wahren Verhältnisse in der BRD, in den Ländern der Dritten Welt und die internationalen Verflechtungen und Abhängigkeiten, also den Imperialismus nicht erkennbar machen, sondern systematisch verschleiern. Durch Veranstaltungen, wie Wirtinnenabende, inhaltsleere Ausflüge, Besichtigungen u. a. wurde eine kritische Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Gesellschaft verhindert und eine weitgehende Integration vorbereitet.

Mitte der 60er Jahre, d. h. dem Ende der relativen Stabilisierungsperiode des Kapitalismus, trat auch das westdeutsche Kapital in seinen normalen Krisenzyklus ein. Die zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals und die sich verschärfenden gesellschaftlichen Widersprüche, die schließlich ihren Ausdruck fanden in den Anfängen der Studentenbewegung und dem Wiedererstarken der spontanen Arbeiterbewegung (Septemberstreiks), zwangen die Bourgeoisie zu immer schärferen Maßnahmen, die letztlich alle dazu dienten, ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten und zu verewigen.

All das hatte zwangsläufig seine Auswirkungen auf die Ausländer-Politik.

Das reaktionäre Ausländergesetz von 1965, wonach jede politische Betätigung, die nicht im Sinne des Kapitals ist oder die Interessen mit der BRD „befeundet“ Staaten tangiert, untersagt und mit Ausweisung geahndet werden kann (das ist z. B. der Fall bei Demonstrationen gegen das faschistische Schahsystem, gegen Franco oder gegen die Militärdiktatur in Griechenland), stellt nur den Anfang dieser Entwicklung dar.

Die Praxis der Verfassungsschutzabteilung für Ausländer, der ausländischen Geheimdienste, der Ausländerpolizei und der Klassenjustiz gibt weitere Anhaltspunkte für die zunehmende Verschärfung der politischen Unterdrückung ausländischer Arbeiter und Studenten in der BRD in den vergangenen Jahren.

Der letzte Geheimerlaß von NRW-Innenminister Weyer von 1970 spricht eine deutliche Sprache. Die Ausländerbehörden kontrollieren danach mit Hilfe der Uni-Bürokratie, ob die Ausbildung der ausländischen Studenten den entwicklungspolitischen Intentionen des Kapitals entspricht. Bei negativer Auskunft hat der Student seine Koffer zu packen und das „gastliche“ Westdeutschland zu verlassen. Andernfalls gilt er als Krimineller.

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Bochum, Lennershofstraße 156
hinter der alten Mensa

Doch damit nicht genug. Ein neues Verfassungsschutzänderungsgesetz liegt dem Bundestag im Entwurf bereits vor, nach dem unter anderem die Sammlung und Registrierung von Daten und Unterlagen von „unerwünschten politischen Bestrebungen von Ausländern“ (Bundesdrucksache VI, 1179, S. 3) vorgesehen ist.

Wen überrascht es dann noch, wenn Bundestagspräsident von Hassel eine stärkere Reglementierung durch eine neuüberprüfte Ausländergesetzgebung fordert, und das gleich nach seiner Rückkehr aus Persepolis, wo er an den Feierlichkeiten zum 2500-jährigen Auspönerung des persischen Volkes bei Sekt und Kaviar teilgenommen hat, während zur gleichen Zeit mindestens 5 Patrioten von seinen

Gastgebern hingerichtet worden sind. (Vgl. Süddeutsche Rundschau, 3. 10. 1971.)

All diese Anlässe, die weitgehende politische Knebelung und Überwachung von Ausländern in einer Zeit, in der die Illusion der wirtschaftlichen Sicherheit zerstört und das Versagen des kapitalistischen Systems immer offensichtlicher wird, stellen kein isoliertes Phänomen dar. Nicht umsonst gibt der zuständige Mann vom Verfassungsschutz im Bundesinnenministerium, Heuer, bekannt, daß „diese Belange (d. h. der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die das Kapital nun mal zur ungehinderten Betätigung bzw. Profitmaximierung braucht — Anm. d. V.) eines Schutzes vor Beeinträchtigungen durch die eigenen Staatsangehörigen (ebenfalls) bedürfen.“ (Heuer, polit. Betätigung von Ausländern und ihre Grenzen, S. 31.)

All dies steht in unmittelbarem Zusammenhang und im Zeichen der in den letzten Jahren sich abzeichnenden Faschisierung im Innern, die sich allerdings unter dem Deckmantel sozialer Demagogie und durch die SPD-Regierung („Mehr Demokratie wagen!“) vollzieht.

Die Notstandsgesetze, der geplante Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, ein reaktionäres Betriebsverfassungsgesetz mit Schweige- und Friedenspflicht des Betriebsrates und Verbot der politischen Betätigung im Betrieb, die Mobilisierungsübung für 1972, Großeinsätze und Razzien der Polizei zur Einschüchterung der Bevölkerung und die Säuberung der Schulen und Hochschulen von fortschrittlichen Menschen geben dabei den Rahmen ab.

Da all diese politischen Maßnahmen nichts Zufälliges darstellen, kommt es darauf an, den inneren Zusammenhang und die Systembedingtheit des fortschreitenden Formierungsprozesses aufzuzeigen: „Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerster Zuspitzung der Gegensätze... das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“ (Lenin, Imperialismus, S. 129)

Note 4? Kein BAFöG!

Den BAFöG-Empfängern stehen einige Überraschungen bevor, die so nicht im Gesetzestext stehen. Daß das BAFöG der Repression dient, ist klar; daß diese Repression nicht allzu dreist formuliert werden konnte, ohne das Gegenteil des Gesetzeszwecks zu bewirken, auch.

G. Scheja, Dekan der Abteilung für Mathematik, den Studenten der Abteilung bekannt vor allem durch seine maßlosen gelungenen Vorlesungen zum Semesterbeginn, hat hier das Pläzchen einwandfrei erreicht (wenn nicht übertrieben). Kommt nämlich der BAFöG-Empfänger in sein 5. Fachsemester, hat er sich auf Formular 9 bescheinigen zu lassen, daß „seine Leistungen erkennen lassen, daß er sein Studienziel erreicht“. Früher genügte eine Kopie des Zwischenprüfungszeugnisses.

Als nun ein Student bei Sr. Spektabilität aufkreuzte und sein Formular 9 vorlegte, wurde ihm die Bescheinigung mit dem Hinweis verweigert, eine Zwischenprüfung mit Note 4 lasse nicht auf ein erfolgreiches Grundstudium schließen; jedenfalls könne er, der Dekan, bei solchen Leistungen kein ordentliches Studium bescheinigen.

Es fällt nur allzu leicht, solches Verhalten einem elitären Menschen wie Scheja persönlich anzulasten, hier zu konstatieren, daß sich wieder einmal ein Fachidiot als taub für die Realitäten der Gesellschaft erweist. In Wirklichkeit hat sich Scheja richtig verhalten; diese Gesellschaft dient nicht den Menschen, (das BAFöG nicht den BAFöG-Empfängern) sondern der Ausbeutung; es kommt eben darauf an, mit allen Mitteln die letzten Leistungsreserven zu mobilisieren, Studenten in das System von Leistungsdruck und Konsumterror, Prüfungsangst und finanzieller Abhängigkeit zu zwingen. WBK

An alle Rückmelder!

Auskünfte über die Möglichkeit der Befreiung von der Deutschen Studentischen Krankenversicherung erteilen Studenten in IB 02 vor dem Sekretariat.

Die Befreiung von der DSKV wird in Baracke 8 vorgenommen.

Die Aufnahme der Studenten der technischen Bereiche in die Techniker-Krankenkasse erfolgt in IB 02 vor dem Sekretariat.

Die Aufnahme der anderen Studenten — Werkstudenten — in die Hamburg-Münchener Ersatzkasse erfolgt in der Baracke 1.

Zur Situation der studentischen Krankenversicherung

Am 1. 2. wurde auf der Hauptversammlung der DSKV in Berlin der Beschluß einer Beitragserhöhung für das SS 1972 auf einen Krankenkassenbeitrag von 115,— DM gefaßt. Dieser Beschluß kam gegen die Stimmen des Bochumer und 5 weiterer Studentenwerke zustande.

Wir vertreten den Standpunkt, daß ein solcher Beitrag bei den bekannt schlechten Leistungen der DSKV sozial nicht zu vertreten ist, zumal Richter, Geschäftsführer der DSKV Berlin, bereits jetzt durch-

blicken ließ, daß dieser Beitrag nicht lange Zeit kostendeckend sein kann. Der Entschluß des Studentenwerkes Bochum, die Beitragserhöhung nicht mitzumachen, fiel uns umso leichter, als wir in Vereinbarungen mit 2 Ersatzkassen, der Technikerkrankenkasse für die technischen Studenten und der Hamburg-Münchener Ersatzkasse für die anderen Studenten — Werkstudenten — den Studenten die Möglichkeit bieten können, zu besseren Leistungen bei niedrigeren Beiträgen versichert zu sein.

In diesen Vereinbarungen wurden konkrete Punkte wie studentische Mitwirkung in den Gremien der Krankenkassen, finanzielle Unterstützung studentischer Sozialarbeit, Beitragsgarantien usw. klargestellt. Für die Studenten, die trotz aller positiven Aspekte nicht den Ersatzkassen beitreten wollen oder können, sahen wir uns trotzdem veranlaßt, die Möglichkeit einer Weiterversicherung in der DSKV zu gewährleisten.

Da wir aber ohne eine Beitragserhöhung nicht in der DSKV bleiben können, versuchten wir die fehlende Beitragssumme von 26,— Mark als Zuschuß von anderen Stellen zu besorgen. Hierbei bot sich die Universität an, die laut § 47 Hochschulrahmengesetz für die Krankenversorgung der Studenten zuständig ist.

Diese Forderung wurde vom Kanzler abgelehnt. Vielmehr wurde der Vertreter des Studentenwerkes (Scholz) vom Kanzler persönlich mit einer Schadenersatzklage von 500 000,— DM zu erpressen versucht, für den Fall, daß er der Beitragserhöhung nicht zustimmen sollte. Nachdem solche Drohungen keinen Erfolg erzielten, machten Rektor und Kanzler den alten Versuch der Übernahme studentischer Unternehmungen in Universitätsregie.

Wir sollten uns allerdings durch solche Drohungen nicht schrecken lassen, da sich in den Ersatzkassen bei den dort üblichen minimalen Wahlbeteiligungen gute Chancen ergeben für eine aktive studentische Interessenvertretung, Mitglieder in den Vorstand und die Vertreterversammlung zu bringen. Wir sollten den Erpressungsversuchen von Kanzler und Rektor dadurch begegnen, daß wir alle in die Ersatzkassen eintreten. Aufnahmen in die TKK werden im IB-Gebäude vor dem Sekretariat und in die Hamü in der Baracke 8 im Raum 3 vorgenommen.

Studentenwerk und ASTA

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle des Studentenwerkes der Universität Heidelberg sucht zum Eintrittstermin 1. April 1972

1 Psychotherapeut(in)

Facharzt für Psychiatrie
Zusatzausbildung in Psychotherapie
der in der Lage sein soll, den ärztlichen Leiter der Beratungsstelle zu vertreten
Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT, Vergütungsgruppe I b

1 Psychotherapeut(in)

Arzt oder Psychologe
mit Ausbildung in Psychotherapie
Vergütung nach BAT, Vergütungsgruppe II a

1 Sekretärin

Vergütung nach BAT, Vergütungsgruppe VII

Die Psychotherapeutische Beratungsstelle besteht seit Mai 1971. Sie ist auf Betreiben der Studentenschaft bei der Studentenhilfe der Universität Heidelberg eingerichtet worden und gegenwärtig besetzt mit einem Psychotherapeuten und einer Sozialarbeiterin.

Es handelt sich um eine Einrichtung, die modellhaft auf der Grundlage eines gesellschaftskritischen Ansatzes, vornehmlich in Gruppenverfahren, fortschrittliche Therapiekonzepte entwickeln möchte. Dies schließt ein, daß die Stelle organisatorisch nicht endgültig festgelegt ist.

Es ist angestrebt, später auch Möglichkeiten zur wissenschaftlichen Fortbildung und Ausbildung zu schaffen. Postgraduierten-Ausbildung, Anti-Psychiatrie u. a.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, beglaubigte Abschriften der Prüfungs- und Beschäftigungszeugnisse) werden erbeten bis zum 29. Februar 1972 an:

Vorstand der Studentenhilfe Heidelberg e. V.
6900 Heidelberg 1, Marstallhof 5

Zur Situation im SHB

Die augenblicklichen Vorgänge im SHB waren der BSU ein willkommenes Anlaß, im letzten Contrapunkt allerhand Lügenmärchen über die „Spaltung des SHB“ und die „Machtübernahme der Steigbügelhalter der SAG“ im SHB in die studentische Öffentlichkeit zu streuen und damit politische Verwirrung zu stiften.

Laut letzter Contrapunkt-Meldung traten Renate Zimmermann-Eisel und Eva Adameit angeblich deshalb aus dem ASTA zurück, weil sie mit ihren Vorstellungen über die Finanzpolitik des ASTA keinen Rückhalt mehr im SHB fanden. Auch Renate wollte mit ihrer Erklärung im SP glauben machen, dies sei der Grund für ihren Rücktritt. Das ist aber schlicht falsch. Renate wurde vom SHB aus dem ASTA zurückgezogen, denn:

Aktiv hat sie den Streik der Studentenwerks- und ASTA-Sekretärinnen unterstützt, der sowohl den SHB als auch seinen Koalitionspartner SAG unnötig öffentlich diskriminierte. Sie hielt es nicht für nötig, den SHB über den geplanten Streik zu informieren, von dem sie und Eva Adameit wußten, obwohl am Abend vor Streikbeginn der SHB auf der Mitgliederversammlung die Problematik des ASTA-Sekretariats diskutierte. Erst recht nicht hielt sie es für nötig, ihre Haltung zum Streik mit dem SHB abzusprechen. Der SHB war für sie als Entscheidungsinstanz, als Gremium der politischen Willensbildung und als Auftraggeber sekundär geworden.

Stattdessen übernahm für sie das ASTA-Sekretariat diese Funktionen. Ihre Verselbständigung gegenüber der Gruppe beweist auch die Tatsache, daß sie nicht sofort den ASTA-Posten zur Verfügung stellte, als sie mit großer Mehrheit des SHB dazu aufgefordert wurde. Sie äußerte, daß sie sich an Gruppenbeschlüsse nicht gebunden fühle. Ein solches ASTA-Mitglied war für den SHB unhaltbar.

Eva Adameit kündigte erstmals ihren Rücktritt an, als der SHB Renate aufgefordert hatte, zurückzutreten. Es kann also nicht behauptet werden, sie habe mit ihrer Politik keinen Rückhalt mehr in der Gruppe gefunden, denn sie wurde vom SHB mehrmals gebeten, ihre Rücktrittsentscheidung zu überdenken und möglichst rückgängig zu machen.

Die politischen Differenzen, die angeblich Grund für den Streik und Grund für Renates und Evas ASTA-Rücktritt sind, („Spaltung“ des SHB) wurden als Ursache für die

Rücktritte von Renate Zimmermann-Eisel erst nachträglich erfunden. Sie stellen nichts anderes dar, als politische Rationalisierung für eine Funktionärin, die mit dem ASTA-Posten nicht nur ein politisches Tätigkeitsfeld verlor, sondern auch Autorität, Anerkennung und persönliche Geltung.

Renate Zimmermann-Eisel handelte unverantwortlich, als sie im Studentenparlament behauptete, sie finde mit ihrer Politik (besonders Finanzpolitik) im SHB keinen Rückhalt mehr und sei deshalb zurückgetreten. Das war Wasser auf die Mühlen der BSU, die prompt mit der Finanzpolitik des ASTA im Contrapunkt Schlagzeilen macht.

Besser kann man den Bestand der verfaßten Studentenschaft nicht schädigen und besser kann man der BSU auch keine Wahlstimmen zuschanzen. Das letztere gilt auch für das Gerede von der „Spaltung“ des SHB.

Der SHB ist nicht gespalten!

Wir leugnen nicht die Abspaltung der beiden SHB-Mitglieder Renate Zimmermann-Eisel und Eva Adameit, die sich bereits zu Beginn des Streiks dem SHB gegenüber verselbständigt hatten und dann die Arbeit im Bochumer SHB ganz aufkündigten, als sie den ASTA-Posten verloren. Das hat aber mit einer politischen Spaltung, wie sie die BSU gerne möchte, nicht das geringste zu tun.

Der SHB Bochum hat zusammen mit den anderen SHB-Gruppen der „Sozialistischen Fraktion“ (u. a. Göttingen, Gießen, Frankfurt, Han-

nover, Heidelberg etc.) eine theoretische Grundsatzklärung erarbeitet. (Materialien I, zur Strategieentwicklung. Diskurs-Verlag, Frankfurt. Erhältlich am SHB-Büchertisch für 2,— DM) Diese Grundsatzklärung ist immer noch für alle SHB-Mitglieder maßgeblich. Auch Renate Zimmermann-Eisel und Eva Adameit haben erklärt, weiterhin dazu zu stehen.

Für alle Interessierte: Öffentliche SHB-Mitgliederversammlung jeden Montag 18.30 Uhr in GC 7/31. Auch in den Semesterferien!



Men like its flavor
Women love its aroma
Großpackung
250g 12,50 DM

RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE

3x in Nähe der Uni SPARKASSE

Querenburg, Im Westenfeld 22

Tel. 70 10 15

SPARKASSE

Universität, Buscheystraße 132

Tel. 70 16 74

SPARKASSE

Girondelle, Steinkuhlstraße 119

Tel. 7 39 72

- in Ihrer Nähe -

STOP RENAULT BETREUEN LASSEN!
ENTHUSIASTEN!!! IHR FAHRZEUG! KAUFEN! WO?
BERATEN LASSEN! WO? Bei uns!
Freudenbergstraße 27-31
Univ.-str. 35
Witzel Bochum
KRAFFFAHRZEUGE
Telefon 5 26 51 / 52

US VERKAUF
Führendes Haus in Western-Bekleidung
Twen Shop
Bekleidung für junge Leute
Rücklaufbestände der US-Armee
H. PETERMANN
Bochum - Kortumstraße 31
Telefon 669 39

Besuchen Sie unverbindlich — zwanglos die
Bochumer Brillenstraße
Ein neues Service-System unseres Fachgeschäftes im Ruhrpark-Chopping-Center.
Über 600 modische Brillenmodelle international anerkannter Fabrikate stehen zu Ihrer selbständigen Vorwahl bereit.
Sie werden nur auf Ihren ausdrücklichen Wunsch von unseren Augenoptikern und dem Augenoptikermeister fachlich beraten.
Die Brille von morgen heute selbst vorwählen!
Heinen-Brillen
Wattenscheid Bochum Im Ruhrpark
Bebel-Platz 6 Kortumstr. 45 Shopping-Center



Und weiter sucht der Wohlfahrtsaus-
schuß nach Papas Dissertation:
Im olympischen Schnee ...

Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Papalekas

In der uni-audimax Sendung er-
klärte der Papalekas-Kollege Külz,
daß Papalekas die Aufforderung
der Studenten, ihnen seine Arbei-
ten zur Verfügung zu stellen, ver-
ständlicherweise abgelehnt hat.
„Denn es war ein öffentlicher An-
schlag, der so etwas Methoden
ähnelte, wie man Verbrecher sucht.“
Am 18. 1. 1972 bestätigte der
(politische) Oberstaatsanwalt Köpf,
daß gegen Papalekas wegen des
Verdachts der unbefugten Führung
eines akademischen Titels ermittelt
wird. Der Nicht-Jurist Külz irrte
nur im Strafmaß: es ist kein Ver-
brechen, sondern nur ein Vergehen.



... in tropischen Gewässern ...

Mackensen lehnt Ruf ab

Prof. Rainer Mackensen teilte in den letzten Tagen dem Kultus-
ministerium in Düsseldorf mit, daß er den Ruf für den Metho-
denlehrstuhl an der Abteilung Sowi ablehne, weil ihm die poli-
tische Situation an der Abteilung Sowi nicht angenehm sei
(siehe Kampagne gegen Landwehrmann, Herder-Dorneich,
Papalekas u. a.).

Die Ablehnung des Rufs von Mak-
kensen ist ein eindeutiger Erfolg
der studentischen Politik an der
Abt. VIII, die durch Massendruck
von unten den reaktionären Profs
vor allem in der letzten Zeit das
Fürchten gelehrt hat!

Am 7. Oktober 1971 hatte die
Studentenschaft Herrn Mackensen
einen offenen Brief, der in der bür-
gerlichen Presse viel Staub aufge-
wirbelt hatte, geschrieben und ihn
„gebeten“, den Ruf in Bochum
nicht anzunehmen, da er als Pa-
palekas-Freund eine „persona non
grata“ sei.

Betrifft: Kontaktspiel

Die Programmierung für das Kon-
taktspiel ist abgeschlossen. Aus
technischen Gründen kann das
Programm aber noch nicht ablau-
fen. Darum: Habt bitte noch etwas
Geduld und bombardiert uns nicht
dauernd mit Anfragen! Wir bemü-
hen uns, Euch so schnell wie
möglich zufriedenzustellen.

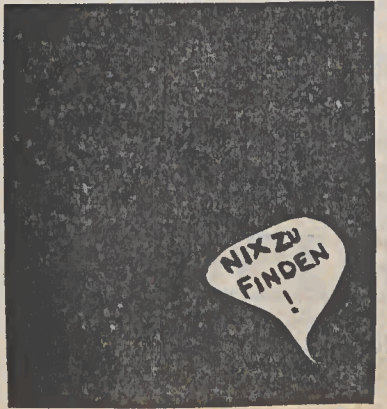
Fachschaft Physik

Wie verlautet, hat auch der
zweite auf der Berufungsliste, der
reaktionäre Prof. Reichardt aus
Wien, Bedenken gegen einen Ru-
nach Bochum.

Es geht jetzt darum, daß auf den
Methodenlehrstuhl ein fortschritt-
licher Dozent gesetzt wird!

Über eines sollten sich die Reak-
tionäre im klaren sein: die Stu-
denten werden dafür kämpfen!

Folgende Möglichkeit bietet sich
an: Dr. Claudio Hofmann, der sich
im Augenblick in Münster habili-



... unter der Erde ...

Öffentliche Hinrichtung!!

Am Dienstag, dem 1. Februar 1972, berichtete der Westdeutsche
Rundfunk in seinem dritten Fernsehprogramm über den „Fall
Papalekas“. Uni-audimax, die Sendung für den Bildungs-Bür-
ger, widmete den Bochumer Vorfällen elf Minuten Sendezeit.
Am Ende kommentierte der Moderator den gesamten Vorfall
aus seiner Sicht. Wir drucken im folgenden diese Stellung-
nahme wörtlich ab.

„Drei Dinge sind hier noch anzu-
merken:

Erstens: Wir wollten einen Fall
darstellen, der, längst bevor wir
ihn im Fernsehen behandelt ha-
ben, auch schon in der Presse in
und um Bochum herum Schlagzei-
len gemacht hat. Es lag uns nichts
daran, Herrn Professor Papalekas
hier öffentlich hinzurichten; ich
glaube, das haben wir auch nicht
getan. Aber ich darf hier noch ein-
mal betonen, daß wir es ganz be-
sonders bedauern, daß Herr Pro-
fessor Papalekas kein Interesse
daran zeigte, zu den Vorwürfen
hier vor Kamera und Mikrofon
Stellung zu nehmen.

Zweitens: Der Rektor der Ruhr-
Universität, Professor Hans Fail-
lard, hat die Aktion der Studenten
gegen Papalekas heute als Kessel-
treiben bezeichnet und als Auffor-
derung zur Anwendung physischer
Gewalt gewertet. Sollte es dazu
kommen, was ich nicht hoffe, so
setzen sich die Studenten damit
zweifelloos ins Unrecht.

Drittens ist aber andererseits fest-
zustellen, daß die bisherige Hal-
tung von Professor Papalekas in
dieser Affäre den Studenten ein
starkes moralisches Recht gibt.
Professor heißt nämlich auf
Deutsch „Bekannter“. Papalekas
bekennt sich anscheinend aber we-
der zu seinen eigenen Arbeiten,
noch sucht er das Gespräch mit
seinen Studenten, die er als „Vul-
gärmarxisten“ disqualifiziert, noch
ist er bereit, seine Sache vor Ka-
mera und Mikrofon zu vertreten.

Jede Dissertation und Habilita-
tion, meine Damen und Herren, ist
ein insgesamt öffentlicher Vorgang
und Doktorarbeiten sind keine Ge-
heimdokumente. Die Frage bleibt,
was Papalekas denn eigentlich zu
verbergen hat! Und zu fragen ist
auch: was für eine Fakultät ist das
denn eigentlich, die sich um die
wissenschaftlichen Arbeiten eines
ihrer von ihr berufenen Kollegen
nicht kümmert und sich anschei-
nend gar nicht dafür interessiert?“

Papalekas kriecht

... unter den Tisch

Gemäß einem Beschluß der SoWi-Vollversammlung versuchten
am 31. 1. ca. 200 Kommilitonen, in einer Papalekas-Vorlesung
dem genannten Herrn einen Fragenkatalog vorzulegen. J. C.
Papalekas sah sich dortselbst außerstande, „fiktive und unklare
Fragen“ zu beantworten — z. B. die Frage, wo denn eigentlich
seine Dissertation sei (die vielleicht wirklich fiktiv ist).

Ansonsten zeigte Papalekas ein er-
kleckliches Verhalten, so beispiels-
weise in seinem Vertrauen auf
NRW-Wissenschaftsminister Rau,
denn der „ist ein anständiger und
objektiver Mann, der wird schon
auf die Dienstaufsichtsbeschwerde
(gegen Rektor Faillard, siehe BSZ
89) richtig antworten.“

Einschneidend sauber ist auch
Papa's Trennung von Politik und
Wissenschaft: „Ich habe keine Poli-
tik gemacht. Mich interessiert Poli-
tik nicht (!), ich möchte den Stu-
denten nur einen guten Abschluß
verschaffen.“ Das tut er z. B. da-
gen die besonders für ausländische
durch, daß er ein Sondervotum ge-
Studenten wichtige Magisterord-
nung verfaßt.

Aber Papalekas kennt die Unter-

schiede: „Ich bin nicht da, um po-
litische Aussagen zu machen, son-
dern um meine Lehrpflicht zu er-
füllen.“ Was ihm allerdings nicht
schwerfällt bei einem Jahresetat
von über 20 000 DM.

Und ein Faschist ist er erst recht
nicht, denn wenn man ihn so be-
zeichnet, dann „ist für Sie wohl
auch Nixon ein Faschist“. Wie wahr,
wie wahr.

Seiner anfänglich mehrfach ge-
äußerten Feststellung: „Ich gehe
nicht, ich bleibe bis ans Ende“
schien er später doch nicht so recht
zu trauen. Als das Licht im Saal
verlöschte und es kurz darauf wie-
der hell ward, kroch J. C. Papale-
kas unter einem Tisch hervor.



... bei kleinen ...

Papalekas erklärte schließlich,
daß er

- nicht bereit sei, die Fragen zu
beantworten — obwohl ihn 200 Stu-
denten darum baten, und zwar ohne
Gewaltanwendung, Drohungen etc.
- keinen Brief vom Fachchaftsrat
(bezüglich seiner Dissertation und
Habilitation) erhalten habe;
- der Meinung sei, der FR solle
sich von kompetenten Leuten die
Antworten holen — er selbst wird
allerdings auch von der überwie-
genden Mehrheit der Studenten für
inkompetent gehalten. b. a.

Kaufen Sie

Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren

Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)

Neu:
Busfahrkarten aller Art

Berichtigung

„In Nr. 89 der BSZ vom 27. 1. 1972
wurde unter der Überschrift „Ab-
teilung Elektrotechnik: Politische
Erpressung bei der Habilitation“
ein mit „Vorstand der Assistenten-
schaft“ gezeichneter Artikel abge-
druckt. Während der Text des Ar-
tikels in der Tat eine Mitteilung des
Vorstands der Assistentenschaft wie-
dergibt, stammt die Überschrift
nicht vom Vorstand der Assisten-
tenschaft.

Für den Vorstand:
Jürgen Schlumbohm“



... und bei großen Tieren.
Wie gesagt: Nix zu finden.

Vorurteil Nr.5



**Krankenkassen
sind wie Hamster.
Nehmen. Nehmen.
Nehmen. Setzen
Fettpolster an.
Und nicht zu knapp...**

Nicht einmal vor Studierenden
machen sie halt. Auch bei
denen wollen sie einhamstern.
Dabei weiß jeder, wie schwer
gerade die Studenten es ha-
ben. Die DAK weiß es auch.
Darum hat die Vertreterver-
sammlung der DAK mit Wir-
kung vom 1.1.1972 Beiträge
beschlossen, die den Studen-
ten angemessen sind.
**Mit 11,— DM monatlich sind
Sie dabei — Für 1,— DM mehr
auch ihre Familie.**

Studenten können Mitglied
der DAK werden, sobald sie
eine vorübergehende Ange-
stellten-tätigkeit ausüben, z. B.
als Werkstudent.

Diese Information glauben wir
allen schuldig zu sein.

DEUTSCHE ANGESTELLTEN-KRANKENKASSE





Mehrwert nicht durch Verkauf geschaffen

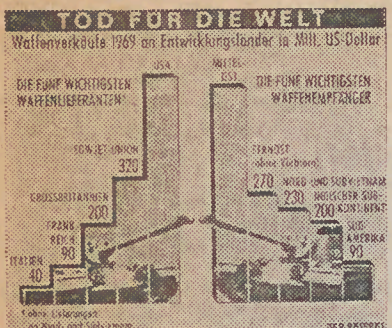
Weil, wie wir gesehen haben, der Markt und das heißt das Geld zur Existenzgrundlage eines jeden wird, weil der einzelne Produzent sich gegenüber der Konkurrenz nur behaupten kann, wenn er verwertet und sich dadurch Produktionsvorteile durch Ankauf teurer aber besserer, rationalerer Arbeitsmittel verschaffen kann wird das Mehr-Geld zum Ziel der Produktion, wird der Tauschwert zum Selbstzweck, zu einer prozessierenden, sich selbst bewegenden Substanz, für die die jeweilige Ware nur bloße Form, ihr Gebrauchswert nur Mittel zum Zweck der Selbstverwertung ist.

Wir müssen nun unbedingt klären, woher die Differenz zwischen G und G', d. h. woher der Mehrwert kommt. Der äußere Schein zeigt: aus der Zirkulation. Es wird vom Händler eine Ware gekauft, um sie dann 10 Prozent teurer zu verkaufen. Wenn aber alle, die verwerthen, d. h. alle Verkäufer, ihre Waren 10 Prozent teurer verkaufen als sie sie gekauft haben, bleibt alles beim alten, weil sie als Käufer auch 10 Prozent mehr zahlen müßten. Hierbei könnte keiner reicher werden, Mehrwert bilden.

Weiter: A verkauft an B eine Ware für 100 Geldeinheiten, die nur 90 wert war. A hat damit 10 Einheiten mehr als vorher, B 10 weniger. Hier wurde zwar Wert übertragen, nicht aber geschaffen. Die Gesamtheit der Kapitalisten eines Landes kann nicht verwerten, indem sie sich selbst überverteilt.

1. Wenn nicht-gleichwertiges, d. h. keine Äquivalente gegeneinander getauscht, kann dadurch nicht mehr Wert geschaffen werden, sondern vorhandener Wert wird nur übertragen.

2. Werden Äquivalente getauscht, so kann dadurch auch nicht verwertet werden.



Werte schaffen, Werte schaffen, Werte

Aus dem folgt: Der Mehrwert kann nicht aus der Warenzirkulation stammen, betrachtet man den Prozeß in seiner Gesamtheit in der Gesamtgesellschaft.

Der Mehrwert, Wert überhaupt muß also irgendwo immer wieder neu geschaffen werden und zwar nicht in der Zirkulation in der er sich nur realisiert.

Wenn ein Schuster sich Leder kauft bekommt er am Ende für den Schuh mehr, als er für das Leder bezahlt hat und jeder andere hätte. Wenn bei Opel das Rohmaterial zu einem Auto gemacht wird, so bekommt auch Opel mehr für das Auto als Opel für das Rohmaterial ausgegeben hat. Die Beispiele ließen sich unendlich weiterführen. Die Praxis zeigt uns somit: Irgendwelche Dinge erzielen immer dann einen höheren Tauschwert, wenn an ihnen produziert wurde. Nur indem an einem Rohmaterial produziert und es verändert wurde, kann hinterher beim Verkauf mehr Geld, als materialisierte Daseinsform des Tauschwertes, erlangt werden, als für das Rohmaterial bezahlt wurde.

Jede Ware muß produziert werden und mit der Ware wird auch ihr Tauschwert produziert, Wert geschaffen. Was aber wird in der Produktion dem Rohmaterial zuge-setzt? zum einen Arbeit, menschliche Arbeit, zum anderen eine bestimmte Abnutzung der benutzten Maschinen; d. h. die Differenz zwischen dem Wert des Rohmaterials und dem des fertigen Produkts stammt einmal aus der Arbeit, die in dem Produkt vergegenständlicht

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs-
und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise
für Uni-Angehörige
463 Bochum
Wittener Str. 449 · Ruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

Linke Diskussion

Die Ware (Einführung) III

wurde, dann aus der Abnutzung der Maschinen. Die Maschine selbst hat auch einen Wert, der für die Maschine bezahlt werden mußte und der sich im Grade der Abnutzung auf die Produkte überträgt. Die Maschine ist auch Produkt. Ihr Wert setzt sich zusammen aus der in ihr vergegenständlichten Arbeit, dem für ihre Herstellung notwendigen Rohmaterial, und der für ihre Herstellung notwendigen Maschinen. Diese Maschinen und dieses Rohmaterial wiederum sind auch Produkt. Wir können die Reihe weiterverfolgen, wobei dann der Wertanteil der vergegenständlichten Arbeit immer größer, die anderen Anteile immer kleiner werden und gegen null streben. Insofern ist, um auf unseren Ausgang zurückzukommen, auch der Wert in unserer Maschine nur Resultat der in der Maschine vergegenständlichten Arbeit.

Der Wertzuwachs ist also allein auf die Arbeit zurückzuführen; und auch der Wert des Rohmaterials ist

Die Bestimmung der Reduktions-skala geschieht hier zum Großteil nicht bewußt, sondern als „gesellschaftlicher Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten“ (Marx: I/1/2/7) durch die Kräfte der Konkurrenz. Die Wertgröße, die in der Zirkulation dann als Tauschwert erscheint, bestimmt sich demnach nach der in einer Ware vergegenständlichten notwendigen Arbeitszeit bezogen auf einfache Durchschnittsarbeit.

Es steht nun immer noch die Frage offen, wie es zu diesem Wertzuwachs, der Differenz zwischen G' und G kommt.

Dieser Wertzuwachs kann, wie jeder Wertzuwachs nur auf die menschliche Arbeit zurückgeführt werden, die dem Produkt zugesetzt wurde.

Der einfache Warenproduzent setzt seinem Ausgangsmaterial eine bestimmte Menge gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit zu und damit eine bestimmte Wertmenge als Teil des gesamt von einer Gesell-

entstammt seiner eigenen Arbeit. Der Wertzuwachs einer Fabrikproduktion entstammt der Arbeit der in der Fabrik arbeitenden Arbeiter. Die Arbeiter arbeiten in der Fabrik für einen bestimmten Lohn, müssen dies, weil produktionsmittellos, den der Unternehmer zusammen mit den Kosten des Rohmaterials, Maschinen und Produktionsmittel vorzustrecken hat.

Der Lohn kann hierbei nicht dem Wert der Arbeit entsprechen, der gleich dem Wert der Arbeitsprodukte ist, denn dann wäre der Gewinn des Unternehmers wertmäßig gleich seiner eigenen Arbeit und es käme nie zur Anhäufung dieser Ummen, der Unternehmer kann also nicht die Arbeit seiner Arbeiter kaufen.

Der Unternehmer kauft vom Arbeiter dessen Arbeitsvermögen überhaupt, seine Arbeitskraft, eine Ware, deren besonderer Gebrauchswert es ist, daß sie arbeiten kann und damit Werte schaffen kann. Der Tauschwert dieser Ware bemißt sich wie bei jeder Ware, nach der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeit, d. h. bei der Arbeitskraft nach dem Wert, der den Waren entspricht, die von der Arbeiterklasse verbraucht werden müssen, um ihre Arbeitskraft, ihr Vermögen zu arbeiten aufrechterhalten, reproduzieren zu können.

Welche und wieviele Waren dazu verbraucht werden, hängt ab von naturwüchsigen und historisch-gesellschaftlichen Voraussetzungen, vom Stand der Klassenkämpfe, der Gewerkschaftsbewegung usw. ist also selbst gesellschaftlich bedingt. Das wird aber später in der Vorlesung im Rahmen der Lohnarbeit noch näher behandelt. Wir sehen hier wieder, daß im Bereich von Gesellschaft alles mit allem zusammenhängt, wir also niemals eine Ursache finden werden, die selbst keine Ursache mehr hat.

Die Elemente die eine Gesellschaft bilden, stehen alle in vielfältigen Wechselwirkungsverhältnissen zueinander. Insofern gibt es für einen Marxisten, der genau diese Wechselwirkungsverhältnisse anerkennt, nie einen gesicherten Anfang und nie ein gesichertes Ende seiner Untersuchungen, insofern ergibt sich für ihn immer die Notwendigkeit der Selbstkritik und dies folgt aus der Sache, der Gesellschaft selbst.

Der Mehrwert, den der Unternehmer sich aneignet, die Differenz zwischen G und G' ist also die Differenz zwischen dem Wert der Waren, die gebraucht werden, um die Arbeitskraft zu erhalten und dem Wert der Waren, die diese Arbeitskraft durch ihr Vermögen zu arbeiten selbst produziert).

Deshalb auch konnte die Arbeiterklasse noch nie Kapital sich aneignen, deshalb auch kann der ökonomische Gewerkschaftskampf zwar den Wert der Arbeitskraft erhöhen, niemals aber die Bezahlung der Arbeitskraft und damit die Ausbeutung, selbst abschaffen, und erhöhen auch nicht bis zu dem Punkt, wo eine weitere Verwertung in Kapitalistenhand unmöglich würde, wo das Verhältnis Kapital — Arbeitskraft, Lohnarbeit selbst aufgebrochen würde.

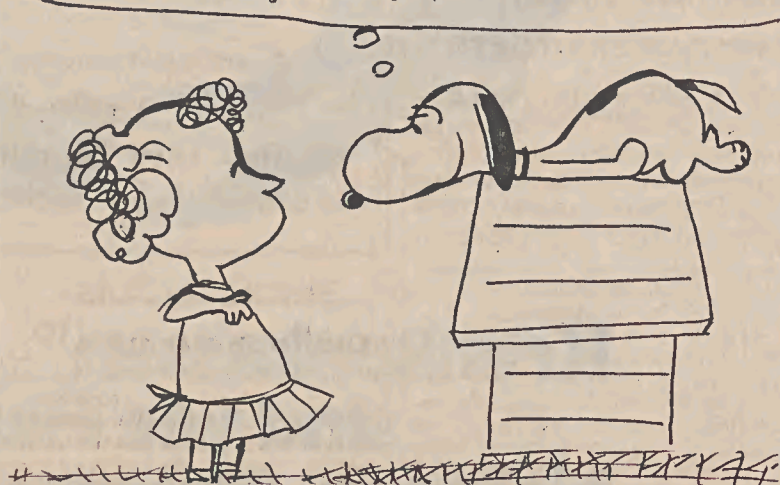
Und erst hier würde Ausbeutung abgeschafft werden können, hier, wenn die Arbeiterklasse ihre gesamten Produkte fordert und nicht nur bessere Reproduktionsbedingungen ihrer Arbeitskraft. Und hier wird zwangsläufig jeder Kampf zum politischen Kampf, der diese Ordnung selbst umstürzt.

Wenn die Arbeiterklasse sich ihre Produkte selbst aneignet, so mag und wird es noch Probleme bei der Verteilung geben, die politisch, d. h. bewußt gelöst werden könnten, es wäre aber nicht notwendig und zwangsläufig Ausbeutung schon in der Produktion angelegt.

Harald Jung (SAG)

2) Mandel, E.: Marxist. Wirtschaftstheorie, Einführung in die marx. Wirtschaftstheorie. 3) dies möglich nur, wenn 1. Möglichkeit einer Mehrproduktion, 2. Trennung der Produzenten von Produktionsmitteln, damit sie gezwungen Arbeitskraft zu verkaufen.

DU KANNST MICH TRETEN SCHLAGEN
Prügeln avalen



allein auf die in ihm vergegenständlichte Arbeit zurückzuführen. Wert schafft also allein die Arbeit.

Die Wertschöpfung einer Ware ist also die in ihr vergegenständlichte Arbeit. Wonach aber bestimmt sich die Quantität, die Menge der Wertschöpfung, wir nennen sie Wertgröße, die sich als Wertform im Tauschwert der Waren — und diese Tauschwerte sind quantitativ verschieden — ausdrückt.

Wir suchen also das qualitativ gemeinsame der jeweils verschiedenen konkreten Arbeiten des Bandarbeiters, Bäckers, Bauern usw., in dem sich die in einer Ware vergegenständlichte Quantität der verschiedenen konkreten Arbeiten unterscheidet. Eine Quantität muß diesen konkreten Arbeiten gemeinsam sein, damit sie quantitativ verglichen werden können.

Gemeinsam ist ihnen, daß sie alle menschliche Arbeit schlechthin sind, quantitativ unterschieden durch ihre Anteile an der von einer Gesellschaft geleisteten Arbeit, der gesellschaftlichen Arbeit überhaupt. Gemeinsam ist damit allen Waren, daß sie Produkt menschlicher Arbeit „abstrakt“ gesellschaftlicher Arbeit sind. Der Spaltung der Ware in Gebrauchswert, der von Ware zu Ware qualitativ verschieden ist, und Tauschwert, der von Ware zu Ware quantitativ verschieden ist, entspricht die Spaltung der Arbeit in konkrete, bestimmte Arbeit, die von Arbeiter zu Arbeiter qualitativ verschieden ist und qualitativ verschiedene Gebrauchswerte herstellt, und abstrakt menschliche Arbeit allgemein, die sich quantitativ, mengenmäßig, unterscheiden läßt von Produzent zu Produzent und Grundlage der quantitativen Verschiedenheit der Tauschwerte ist.

Wertbestimmung durch Arbeit

Der Wert eines Produktes bestimmt sich also nach der Quantität der in ihm vergegenständlichten allgemein menschlichen Arbeit als Teil der von einer Gesellschaft überhaupt geleisteten Arbeit. Diese Quantität läßt sich bestimmen nach der Intensität und der Dauer der geleisteten Arbeit.

Historisch läßt sich nachweisen, daß diese Bestimmung der Quantität vorgenommen wurde, anhand der Arbeitszeit — und auch heute spielt der Stundenlohn, der Wochenlohn, der Monatslohn usw. eine entscheidende Bedeutung —, wobei „die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die benötigt wird um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich — normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit“ (Marx: KI/1/1) herzustellen, zählt, also nicht jeweilige tatsächliche Arbeitszeit, sondern gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit.

Es wird hierbei auch nicht, das zeigt sich ebenfalls historisch, die Zeit der Abstraktion menschliche Arbeit schlechthin, sondern die einer einfachen Durchschnittsarbeit gemessen und kompliziertere Arbeit als mehrfaches, weniger kompliziertere als Teil der einfachen betrachtet.

schaft geschaffenen Wertes. Die Gesamtheit einer Gesellschaft setzt mit der Gesamtheit der von ihr geleisteten Arbeit schlechthin ihren Ausgangsmaterialien einen bestimmten Gesamtwert zu und allein so wird jetzt auch einsichtig warum mit der Produktion der Waren einer Gesellschaft auch die Einkommen hervorgebracht werden, mit denen die Waren gekauft werden können.

Der einfache Handwerker produziert also die wertmäßige Differenz zwischen G und G' selbst und die Gesamtheit der Produzenten einer Gesellschaft produziert den gesamten Wertzuwachs während einer bestimmten Phase.

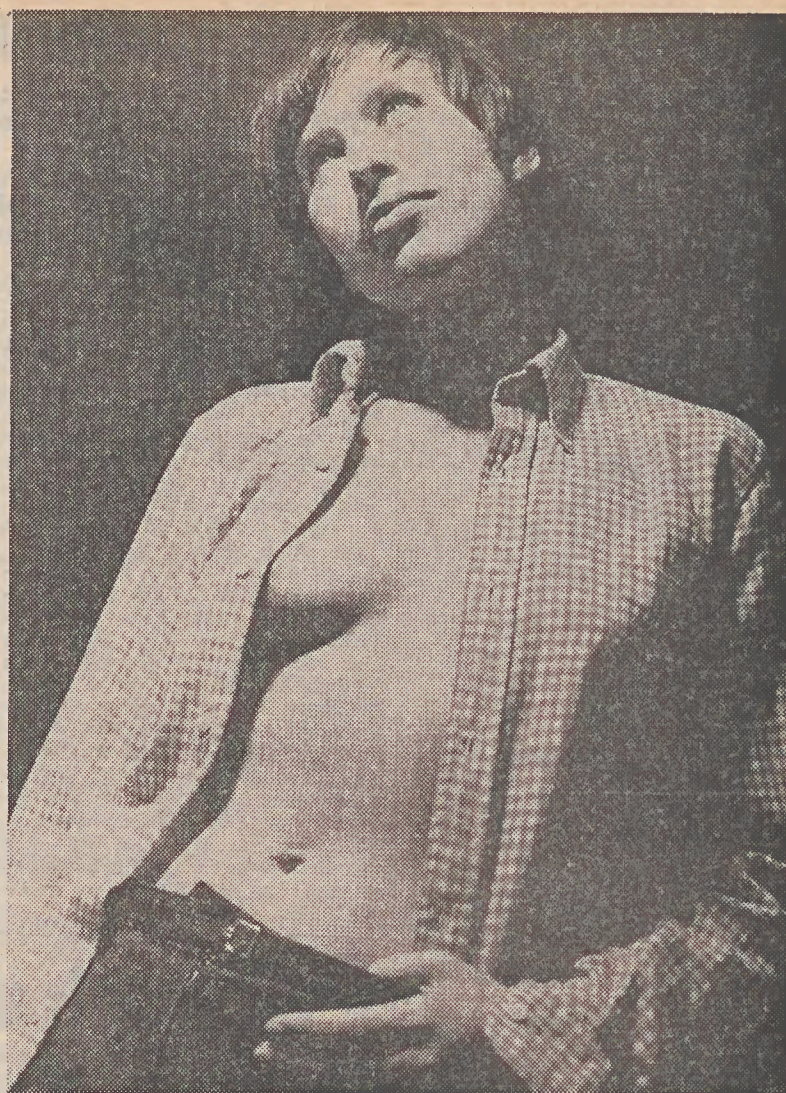
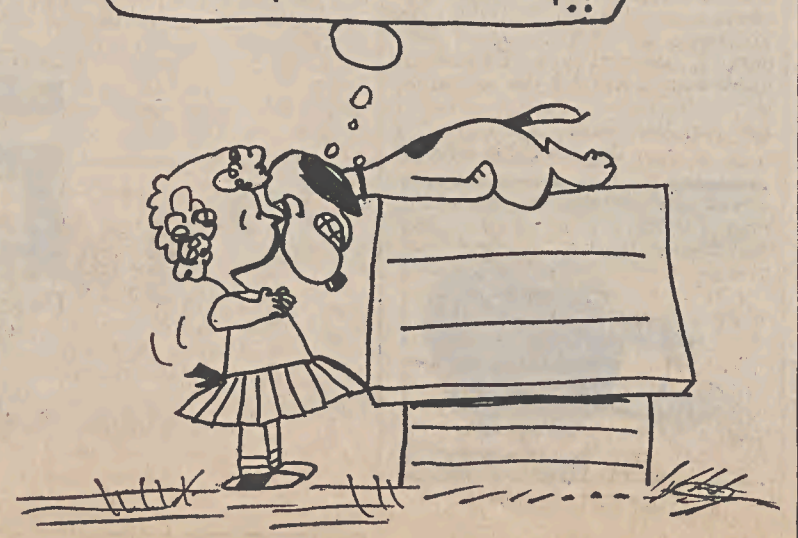
Welche Stellung hat nun der Unternehmer in diesem Prozeß, dessen Einkommen schon im Frühkapitalismus die Wertschöpfung seiner in seinen Waren vergegenständlichten Arbeit um das zehnfache überstieg, der heute im organisierten Monopolkapitalismus geradezu unvorstellbare Werte anhäuft — der Großbankier Abs kassierte allein in den Jahren 1966, 1967 Aktien im Wert von mindestens 12,8 Mrd. DM nach einer unvollständigen Übersicht, 1965 hatten 2330 westdeutsche Kapitaleigner ein durchschnittliches Monatseinkommen von 190 000 DM (bundesamtliche Statistiken), der Umsatz von General Motors übersteigt den BRD-Haushalt während der gleichen Periode um ein beträchtliches. Diese Aneignung geschieht, ohne daß der größte Teil dieser Klasse überhaupt noch arbeitet wie noch im Frühkapitalismus. Selbst die Konzernführung überlassen sie dafür zurecht deressierten Managern; überlassen aber nur solange, wie diese Führung dem Verwertungsprinzip untergeordnet ist.

Arbeit und Arbeitskraft

Woher kommen diese Werte? Sie können, wie alle Werte, nur aus der in den Waren vergegenständlichten Arbeit stammen.

Der einfache Handwerker arbeitet selbst, besitzt seine Produktionsmittel selber, sein Wertzuwachs

ABER KOMM MIR JA NIE
AN MEIN EIGENTUM!!



SIE IST FAST FÜR JEDEN DA

Auch für den cleveren Studenten unter bestimmten Voraussetzungen*)

BEREITS SEIT MONATEN MACHT SIE ES FÜR

11,- DM MONATLICH

und bietet dafür einen umfassenden Versicherungsschutz, der auch später beibehalten werden kann.

*) Über Einzelheiten informieren wir Sie gern.

Die

HAMBURG-MÜNCHENER

Ersatzkasse für Angestellte

100prozentige Krankenversicherung für Studenten!

Möchten Sie das finanzielle Risiko der Krankheit so gering wie möglich halten? Jetzt haben Sie die Möglichkeit dazu. Versichern Sie sich beim größten Träger der gesetzlichen Krankenversicherung.

BARMER ERSATZKASSE

Ihr Vorteil: Keine Wartezeiten, 100%ige Kostenübernahme bei ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung über Krankenschein. Kronen – Brücken – Stützähne 120 DM pro Glied. 100%ige Kostenübernahme bei Krankenhausbehandlung, unbegrenzte Anspruchsdauer, prothetische Behandlung, Mutterschaftshilfe, Familienhilfe, Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten, Auslandskuren. Heilmittel ohne Begrenzung. Hilfsmittel bis 2000,- DM.

... Weitere Leistungen entnehmen Sie bitte unserem umfangreichen Leistungskatalog.

Beiträge: Ab 1. 4. 72 monatlich DM 9,-*) ohne Leistungen für Familienangehörige; monatlich DM 11,-*) mit Leistungen für Familienangehörige; also je Semester DM 54,- bzw. DM 66,-.

Haben Sie noch Fragen? Kommen Sie zu uns; rufen Sie uns an oder lassen Sie sich durch einen unserer Außensachbearbeiter, der Sie gerne aufsucht, ausführlich informieren.

Übrigens – wir befinden uns ganz in Ihrer Nähe. Sie finden uns in:

Bochum, Bongardstr. 20, Tel. 6 04 85 / 6 08 71;
Bochum-Gerthe, Castroper Hellweg 426, Tel. 8 05 90;
Bochum-Langendreer, Oberstr. 14, Tel. 28 70 91;
Bochum-Linden, Dr.-C.-Otto-Str. 2, Tel. 49 24 37.

Kassenstunden: montags bis freitags von 9.00 bis 12.30 Uhr, außerdem: donnerstags von 14.30 bis 16.30 Uhr und nach Vereinbarung.

Informationsmaterial ist beim AStA-Sekretariat (Baracke 1) erhältlich!

*) Beschluß der Vertreterversammlung der BEK über die ab 1. 4. 1972 gültigen Beiträge steht noch aus.

Der Sommerprospekt ist da!

Ferienreisen, verbilligte Sammelfahrten, USA-Flüge, Kurzfahrten in Hauptstädte, Ostblockreisen, Studentenflüge in alle Welt und vieles andere ...

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennerhofstraße 66, Baracke 9
(hinter der alten Mensa), Telefon 71 39 80

Borchert im Studentenwerk

In der letzten BSZ erschien ein mit „hh“ gezeichneter Artikel zu den Vorwürfen der Rechten im Contrapunkt („Neuer Skandal im Studentenwerk“), der einiges an Polemik enthält. Hierzu ist festzustellen was die Vorgänge im Studentenwerk angeht:

„hh“ hat die leichte Tendenz, Hannes Weinrich als „deus ex machina“ darzustellen, der mit dem eisernen Besen den ganzen „Klüngel“, der sich in der zentralen Verwaltung eingenistet hat“, abschaffen will.

Manfred Borchert, Ex-Geschäftsführer des Studentenwerks, wird vorgeworfen, er habe die Geschäfte chaotisch geführt. Dazu wird man allerdings bemerken müssen bei einigermaßen differenzierter Betrachtungsweise, daß Borchert mit einem Schuldenstand von 400 000,- DM angefangen hat, der jetzt im wesentlichen abgetragen ist.

Es ist zwar richtig, daß die Borchertsche Geschäftsführung sprichwörtlich für Intransparenz steht, und wir hoffen, daß der Genosse Weinrich Transparenz herstellen wird; aber wer Manfred Borchert chaotische Geschäftsführung vor-

Guter Repetitor

im März für Öffentliches Recht gesucht. 2 – 3 Stunden täglich bei guter Bezahlung.

Steinschulte
562 Velbert, Nedderstraße 19

wirft und lange bekannte Tatsachen als neueste Erkenntnisse ausgibt (rub-pub-Defizit; nicht erfolgte Mietzahlungen) vergißt die historische Dimension, in der Borchert angefangen hat, und spekuliert auf den marktschreierischen Effekt seiner Aussagen. Borchert ist vielmehr zu kritisieren in seinem politischen Verhalten, wie es sich äußerte in seinem Verhalten zum AStA, seiner Informationspolitik gegenüber der BSU, seine Vorgehensweise bezüglich der Hilfskraftstelle bei Kiss etc.; daß er in der Tat persönliche Interessen vor den politischen Vorstellungen des SHB und der SAG den Vorrang gab. Insofern wird Borchert eine adäquate Bleibe bei der BSU finden. SHB

Gemeinsame Erklärung der Angestellten und Vorstandsmitglieder von Studentenwerk und Studentenschaft zur Beilegung des Streikes

Am 7. 2. 1972 haben die Angestellten und Vorstandsmitglieder von Studentenwerk und Studentenschaft nach einer achtstündigen Sitzung in folgenden wesentlichen Punkten Übereinstimmung erzielt:

1. Der Streik – soweit er nicht von den politischen Auseinandersetzungen im Vorstand des Studentenwerks und in der Studentenschaft überlagert war – hat den Betroffenen klargemacht, daß die – Information und Kommunikation zwischen Vorständen und Angestellten mangelhaft war und – zukünftig Arbeitsbesprechungen und politische Diskussionen gemeinsam geführt werden müssen.

Das heißt konkret, daß Sachprobleme mit den Angestellten gemeinsam gelöst werden und daß darüber hinaus politische Kritik der Angestellten in den Meinungsbildungsprozeß einbezogen wird. 2. Es wurde vereinbart, daß mit der heutigen Arbeitsaufnahme der Streik keine arbeitsrechtlichen Folgen für die Angestellten hat und daß die Angestellten aufgrund des

Arbeitsausfalles nur 80 % ihres Gehaltes verlangen.

3. Den DSKV-Angestellten wurde eine verbindliche Regelung der Arbeitsplätze bis spätestens Ende April zugesichert. Außerdem sollen Gespräche mit den Vorstandsmitgliedern und Angestellten über die Angleichung der Arbeitsverträge der Studentenwerks-Angestellten an die der Studentenschafts-Angestellten geführt werden.

4. Als positiv zu bewerten ist die im Streik entstandene Solidarität und Politisierung unter den Angestellten. Aus diesem Grunde halten es Vorstand und Angestellte für sinnvoll, wöchentlich eine Belegschaftsversammlung abzuhalten.

Die Angestellten des Studentenwerks und der Studentenschaft weisen ausdrücklich darauf hin, daß der Streik Ausfluß eines internen Konflikts war. Den Versuch gerichteter Hochschulgruppen, aus diesem Streik u. a. im Contrapunkt politisches Kapital zu schlagen, verurteilen wir auf das schärfste.

Wir betrachten die Angelegenheit in der Öffentlichkeit damit als beigelegt.

Living in the past

Auszüge aus der konservativen

Dissertation des Universitätskanzlers

Als der Katholik Wolfgang Seel vor 21 Jahren über „den Einfluß des Senats als ein Element der Qualität“ promovierte, ahnte er wohl kaum, daß auch er einmal zu den „erfahrenen, reifen und tatkräftigen Männern“ gehören würde, die er in seiner Dissertation stolz „die Besten des Volkes“ nannte. Denn als Kanzler der RUB ist der Jurist Seel von Amts wegen Senator.

Dieser Artikel mag einen Vorschmack davon geben, was wir beim Auffinden der Papalekas-Dissertation u. U. zu erwarten haben. Allerdings entspricht diese 99-Seiten-Schrift von Seel mit 211 Fußnoten durchaus den Wissenschaftsanforderungen (der städtische Rechtsdirektor Josef Berres hingegen promovierte vor 30 Jahren auf 94 halben Seiten mit nur 17 (!) Fußnoten über seine Erlebnisse während der Besetzung Belgiens durch die Nazis), und sie ist weder reaktionär noch faschistisch, sondern schlicht und einfach erzkonservativ, aber das bis ins letzte Wort. Die Zitate stimmen; jeder kann diese Dissertation vom 6. Dezember 1950 über die Fernleihe, Bestell-Nr. 7133448, aus Köln anfordern.

Wiederkehr des Herrn

Seel hält viel von den „Grundsätzen des christlichen Glaubens“, die er als „Grundlagen des öffentlichen Lebens“ ansieht. Er lobt die „bedeutende Rolle der geistlichen Würdenträger, die die Verbindung von christlichem Glauben und Demokratie verstärkt haben“. (Im Juli 1971 gab der damalige CDU-Generalsekretär Heck die Erklärung ab, „die Ziele einer christlichen Partei seien unanfechtbar auf die Entwicklung der Welt bis zur Wiederkehr des Herrn ausgerichtet“.)

Und dadurch, daß „jedes Individuum unmittelbar zu Gott steht, wird die Brücke zwischen Freiheit und Gleichheit geschlagen“.

Ungleichheit

Denn entgegen Art. 3 Grundgesetz hält Seel nicht viel von der Gleichheit der Menschen. In der „Überspannung des Gleichheitsprinzips“ sieht er den „Verfall einer jeden Demokratie“. „Die Gleichmacherei beargwöhnt jede höherstehende Persönlichkeit“. Gleich seinem Doktorvater Ernst von Hippel hält Seel nichts von der Demokratie, die eine „Despotie der nur Mündigen über die Reifen“ ist. Denn „die Masse hat als Fehler die Begehrlichkeit, die Massensuggestion und die Willkür“. Und wenn „das Kollektiv das öffentliche Leben beherrscht, entsteht die Tyrannei der Masse und die Freiheit des Individuums geht verloren“. Und er warnt eindringlich, daß „jede Demokratie die Gefahr des Absinkens in die Ochlokratie (Pöbelherrschaft) in sich trägt, wo das Individuum verschwindet und der Genosse entsteht“.

Klassenherrschaft

Nein, da setzt Seel lieber der „Herrschaft der Masse und der undifferenzierten Freiheit das qualitative Element gegenüber“. Dieses sieht er verkörpert im Senat (der USA und im brit. Oberhaus). Denn die „Klasse von Menschen, die sich durch Geburt, Ehre und Reichtum auszeichnet“, hat „formend und erziehend auf die unteren Schichten gewirkt“. Durch deren „Einfluß auf die Staatsgeschäfte“ entstand eine „Demokratie, die nicht die Zahl, sondern den denkenden und diskursiven Geist – die Qualität – verherlicht“. Seel lobt das Zitat, daß „die Masse des Volkes mit den Gesetzen nichts weiter zu tun hat, als ihnen zu gehorchen“. Denn er ist der Ansicht, daß die konservativen und besonnenen Senatoren „niemals ihre Macht zum Nachteil der Bevölkerung mißbrauchen würden“.

Konservatismus + Imperialismus

Um Revolutionen vorzubeugen, preist Seel „das Wertvolle der Vergangenheit, das natürlich und sinngemäß Gewachsene“ als eine „Notwendigkeit gegenüber einem hemmungslosen Fortschrittsdrang“. Die „Möglichkeit, aus den Werten der Vergangenheit Kraft zu schöpfen, trägt als ein qualitativer Faktor zur Stabilität des ganzen Staatswesens bei“. Als „größte englische Kulturleistung“ wird die „Schaffung des weltumspannenden Freiheitsstaates“ angesehen.

Karriere

Als Seel dann ein Jahr nach seiner Promotion in den Staatsdienst eintrat, kam ihm sein in der Dissertation offenerbarter „konservativer Charakterzug“ zugute. Für das christdemokratische Kultusministerium arbeitete er zehn Jahre lang in der Hochschulabteilung und wurde dann 1963 Kanzler der Ruhr-Universität – und somit Senator.

Wenn man nun vergleicht, wie diese Theorien von Seel sich im Senat der RUB verwirklichen, könnte man kotzen. le

ALLE MACHT DEM VOLKE!!!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen ...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service, Verkauf
Ersatzteillager

Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!



Alle Musikinstrumente, Klaviere, elektr. Orgeln,
Noten, Gesangs- und Verstärkeranlagen

Piano- und Musikhaus am Südring

463 Bochum Südring 26 Telefon 1 48 21

Berufsverbotsdiskussion im UP

In der Sitzung des Uniparlaments am 2. 2. 72 legte die Assistentenschaft einen Resolutionsentwurf vor zum Beschluß der Länderinnenminister- bzw. Ministerpräsidentenkonferenz (27. bis 28. 1. 72), „Radikale“, seien es Linke oder Rechte, bei „begründeten Zweifeln“ nicht in den öffentlichen Dienst aufzunehmen. Eine Behörde entscheidet damit also faktisch über die Verfassungstreue von Bewerbern.

Die als liberal zu bezeichnende Resolution, in der daraufhingewiesen wurde, daß diese Beschlüsse sich wohl angesichts der Irrelevanz der NPD wohl mehr gegen Linke als gegen Rechte richteten und zudem das Ganze verfassungswidrig sei, stieß bei den Hochschullehrern auf eiskalte Ablehnung.

Der Kanzler bestritt, nachdem er vorher Weigmann (persönlicher Referent des Rektors), der eine liberale Äußerung getan hatte, zum sich eigenverantwortlich artikulierenden Wesen erklärt hatte, – augenscheinlich jetzt also in offizieller Eigenschaft – die Kompetenz des UP für solche Beschlüsse. Andere Argumente lauteten, der Staat (?) dürfe sich ruhig den Verfas-

1/2 stud.

Hilfskraftstelle

(50 Std. pro Monat) ist beim
Vorstand der
ASSISTENTENSCHAFT
ab 1. 4. 72 neu zu besetzen.

Bewerber melden sich bitte
im Geschäftszimmer
IC 03/402, möglichst bis zum
15. Februar.

sungsungetreuen (wer entscheidet das?) als Arbeitgeber verweigern. Und überhaupt könne sich ein Arbeitgeber ja seine Leute selbst aussuchen. Der Hinweis von Detlev Klein, der Staat habe ja wohl beispielsweise bei Lehrern ein faktisches Monopol, fruchtete nichts: Ewald kam mit seinem GO-Antrag („Nichtbefassung“) durch.

Kommentar Schlumbohms (Assistentenschaftsvorsitzender): „Für so reaktionär hätte ich die nicht gehalten!“

SIE bereiten sich auf einen technischen Angestelltenberuf vor.

WIR sind die Krankenkasse für Sie, die größte rein berufständisch orientierte Ersatzkasse. Geschäftsstellen in allen größeren Orten und 8000 Versichertenberater in Betrieben und Lehranstalten sorgen für einen vorbildlichen Versichertenservice. Rund 1,4 Millionen Mitglieder und Familienangehörige sind bereits TK-versichert. Beiträge für Studenten betragen 11,- bzw. 13,- DM monatlich bei umfassendem Leistungsanspruch.



TECHNIKER-KRANKENKASSE
Ersatzkasse
für die technischen Berufe

Hauptverwaltung: 2 Hbg. 70, Schloßstr. 12

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN

trisper
BRILLEN Hagemann
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
SÜDRING 20

Der Kampf des irischen Volkes beweist, daß der Imperialismus ein Papiertiger ist

Der Blutsonntag in Londonderry am 30. 1., an dem die britischen Soldaten 13 unbewaffnete Menschen erschossen, war taktisch für die Revolutionäre eine Niederlage, strategisch ein Sieg. Er hat die Unterdrückung des irischen Volkes durch die britischen Imperialisten und ihre Armee deutlicher gemacht als je zuvor, er wird den Freiheitskämpfern weitere Unterstützung verschaffen: 30 000 Demonstranten kamen am 6. 2. zu einer Protestdemonstration nach Newry, Tausende demonstrierten in der Republik. Die englische Botschaft wurde in Dublin in Brand gesteckt, während die Polizisten mit den Händen in den Hosentaschen zusahen. Der Blutsonntag entlarvte endgültig das Gerede vom „mittelalterlichen Religionskrieg“ in Nord-Irland als Lüge, er zeigte, daß die Revolutionäre gegen den britischen Imperialismus und seine Armee kämpfen, und nicht gegen Protestanten. Dieser Kampf hat jahrhundertealte Tradition: Er ist so alt wie die Unterdrückung und Ausbeutung Irlands durch die englischen Imperialisten.

Obwohl all das jetzt klarer ist als noch vor einem Jahr, bleiben wichtige Fragen offen:

— Welchen Charakter haben die Kämpfe in Irland — Terroraktionen einer fanatischen Minderheit oder Volkskrieg?

— Warum geben die englischen Imperialisten die Provinz nicht frei, wenn sie ihnen so viel Unruhe bereitet?

— Wer ist die IRA, welches Ziel hat sie, welche Ideologie steckt hinter ihren Aktionen?

Diese Fragen sollen beantwortet werden aus der Sicht von Genossen, die selbst mehrmals in Nord-Irland und in der Republik waren.

sind anwesend; das Auto vom RUC-Leutnant wird in Brand gesteckt; der Bus entführt, die Kaserne mit Steinen beworfen. Die Truppen schießen. — 9. August: Der Republikanische Club organisiert eine weitere Protestveranstaltung; 300 kommen; auf der Straße nach Crossmaglen werden Barrikaden errichtet; die Kaserne wird mit Steinen und Nagelbomben beworfen. Die Truppen feuern Tränengas ab, wagen sich jedoch nicht aus der Kaserne heraus. 11. August: Die Kaserne wäre eingenommen worden, wenn nicht große Truppenverstärkung angekommen wäre. (Aus: United Irishman Sep-

ten aus Vietnam. Die irischen Freiheitskämpfer werden ihr Ziel, die Vertreibung der englischen Imperialisten, früher oder später erreichen. Warum also gehen die Briten nicht freiwillig?

Betrachtet man die Struktur der nordirischen Wirtschaft, so wird das klar: Nordirland ist eine hervorragende Ausbeutungsmöglichkeit für ausländische Imperialisten.

Die Zuschüsse der Regierung an investierende Firmen sind hoch: Laut WAZ vom 10. 8. 1971 gibt es für die ausländischen Kapitalisten 75% Grundsteuerermäßigung; die Pachtkosten für Fertigfabriken sind niedrig; es gibt Ausbildungs-

„Welt“ vom 6. 2. 1972 triumphierend fest: „In den letzten beiden Jahren sind die industriellen Produktionszahlen um über 11% gestiegen. Vergleichen wir das: In ganz Großbritannien betrug die Zuwachsrate weniger als 3%. — Der Export stieg um etwa 11%... Eine große Zahl deutscher Firmen trägt wesentlich bei zu diesem industriellen Fortschritt.“

Von diesem „Fortschritt“ profitieren allerdings kaum die Arbeiter: ¼ aller irischen Familien haben weniger als 20 £ pro Woche zur Verfügung, also rd. 160,— DM.

Es ist klar, daß sich die Kapitalisten diese Ausbeutungsmöglichkeit nicht nehmen lassen wollen: Die britische bzw. nordirische Regierung fungiert als ihr getreuer Handlanger.

Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum die englische Armee das Land nicht freiwillig verlassen wird: Nordirland ist eine der letzten Kolonien der britischen Imperialisten, und wenn sie Nordirland verlassen, werden noch mehr Menschen erkennen, daß das imperialistische System auf dem Rückzug ist, wie in Vietnam, daß der Imperialismus strategisch ein Papiertiger ist.

Die britischen Imperialisten werden nicht freiwillig gehen, aber ihr Abzug ist sicher, und der Tag ihrer Niederlage wird all denen Mut geben, die hier gegen das kapitalistische System, für den Sozialismus, kämpfen.

Wer kämpft in Irland?

Wer jedoch führt das Volk in diesem Kampf? Das ist eine äußerst wichtige Frage. Militärisch wird der Kampf von der IRA angeführt. Die IRA und ihre Partei, die Sinn Fein, ist allerdings seit Januar 1970 gespalten, und zwar in die „Official IRA“ und die „Provisional IRA“. Folgende Gründe waren ausschlaggebend für die Spaltung:

Die Anhänger der heutigen „Officials“ orientierten sich auf ein Bündnis mit anderen oppositionellen Kräften, die sich in einer „Nationalen Befreiungsfront“ (NLF) zusammenschließen sollten, mit dem Charakter einer Bürgerrechtsbewegung. Die heutigen Provisionals waren dagegen, weil die NLF sich auch an Wahlen zum nordirischen Parlament beteiligen wollte, und die Provisionals nur ein gesamt-irisches Parlament anerkennen, und weil in der NLF auch die (revisionistische) KP Irlands vertreten sein sollte.

Die Officials schlossen sich dann der NLF an. Sie haben den militärischen Kampf hauptsächlich den Provisionals überlassen und erhoben demokratische Forderungen. Sie propagieren die Machtübernahme der Massen durch „Organisation von Straßenkomitees und Kampagnen des Zivilen Ungehorsams“, z. B. Verweigerung von Mietzahlungen. (United Irishman vom September 1971). Wenn sie in der Vergangenheit bewaffnete Aktionen durchgeführt haben oder sich daran beteiligt haben, so des-

wegen, weil die Massen sie sonst rechts liegen gelassen hätten.

Die Provisionals, die sich auch Republikaner nennen, haben die Führung in den Kämpfen inne. Sie haben 3 äußerst wichtige Punkte richtig erkannt:

1. Der Hauptfeind des irischen Volkes ist der britische Imperialismus.

2. Er kann und muß jetzt durch den bewaffneten Kampf des Volkes aus Irland vertrieben werden.

3. Der britische Imperialismus muß nicht nur auf militärische, sondern auch auf ökonomischem Gebiet geschlagen werden. So beruft sich der Präsident von Sinn Fein, Ruairi O Bradaigh, in einem Interview auf den irischen Freiheitskämpfer James Connolly, der 1916 schrieb:

„Alle Anstrengungen wären umsonst, wenn wir morgen die englische Armee besiegen und die grüne Flagge über dem Dubliner Schloß hissen, und nicht die sozialistische Republik schaffen. Die Briten würden uns durch ihre Kapitalisten beherrschen, durch ihre Landbesitzer, durch alle ihre kommerziellen und anderen Institutionen, die sie in diesem Lande geschaffen haben.“

Abgesehen von diesen korrekten Einschätzungen propagiert die Sinn Fein/P. jedoch die illusionäre Theorie eines „Dritten Wegs“. In ihrem Programm fordern sie für ein vereinigtes Irland: „Ein soziales und ökonomisches System, das die Balance hält zwischen dem westlichen individualistischen Kapitalismus mit seinen Armen und Hungrigen inmitten von Reichen auf der einen Seite, und dem sowjetischen Staatskapitalismus, oder irgendeiner seiner Variationen, mit der Verneinung von Freiheit und Menschenrechten auf der anderen Seite.“

Sie fordern Verstaatlichung von Finanz- und Bankwesen und der Schlüsselindustrien. In der Forderung nach „Arbeits selbstverwaltung“ orientieren sie sich an Jugoslawien, nach „Bauernkooperativen“ an Dänemark, nach „außenpolitischer Neutralität“ an der Schweiz.

Ist das politische und ökonomische Programm illusionär, denn einen „Dritten Weg“ kann es nicht geben (Jugoslawien ist längst auf dem kapitalistischen Weg), so haben andere Programmpunkte direkt reaktionären Charakter. Da wird die

RÜCKMELDEN

Der Sozialbeitrag beträgt z. Z. noch 111,— DM; es ist jedoch mit einer Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags um 26,— DM zum SS 72 zu rechnen.

Wer in einer Ersatzkasse Mitglied ist oder eintritt, kann direkt bei der Westfalenbank die 27,— DM zahlen und muß diesen Einzahlungsbeleg und die Bescheinigung der Krankenversicherung beim Uni-Sekretariat vorlegen.

allmähliche Wiedereinführung der gälischen Sprache gefordert (die in einigen Dörfern tatsächlich noch gesprochen wird), und die Erziehung der Kinder zu Gottesfurcht.

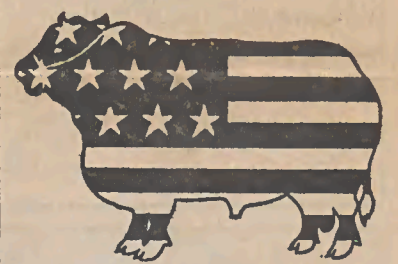
Diese Ansichten müssen wir jedoch verstehen auf dem Hintergrund der irischen Geschichte, besonders der letzten 50 Jahre, die die republikanische Tradition erklärt. Wir müssen sehen, daß sie wesentliche Fragen des nationalen Befreiungskampfs richtig gelöst hat, und daß sie auch in der Tradition des oben erwähnten Marxisten und Freiheitskämpfers Connolly steht, der schrieb:

„Wir wollen Irland für die Iren. Aber wer sind die Iren? Nicht der ausbeuterische Landbesitzer; nicht die sich prostituierenden Journalisten — diese vom Feind bezahlten Lügner. Das sind nicht die Iren, von denen die Zukunft abhängt. Nicht diese, aber die irische Arbeiterklasse ist das einzig sichere Fundament, auf dem eine freie Nation errichtet werden kann.“

Es genügt für uns in Westdeutschland nicht, bei der Bewunderung für die irischen Revolutionäre und den Mut des irischen Volkes stehenzubleiben; Ganz in der Nähe, in Dortmund und Iserlohn, sind britische Truppen stationiert, die dort für den Bürgerkrieg ausgebildet werden. Im Kampf gegen das Volk bilden die Imperialisten also eine Einheitsfront und unterstützen sich gegenseitig. Das zeigt uns, daß wir den Kampf des irischen Volkes nur unterstützen können, wenn wir den Klassenkampf im eigenen Land führen und das irische Volk zeigt, daß wir siegen können.

ÜBRIGENS

sagte mir ein Freund jetzt, er habe seit den Morden von Londonderry kein einziges Mal mehr BFBS gehört.



Kill the bull!

Feten, Spenden und Profite

Weshalb die Stop-Fete nicht stattfand

Das CDU-Mitglied Gerd Klein liebt den unlauteren Wettbewerb. Hatte der „Backofen“-Wirt vor einem Jahr es erst nach Androhung gerichtlicher Maßnahmen durch das Studentenwerk unterlassen, sich als einzige Wohnungsvermittlung an der Universität zu bezeichnen, so kündigte jüngst er als „Ruhr-Universität Bochum“ die persönlich geplante Mensa-Fete ohne ein Impressum auf den Plakaten an und nannte wettbewerbswidrigerweise auch nicht den Eintrittspreis an der Abendkasse.

Die Fete fand nicht statt, weil Klein überhaupt keinen Mietvertrag hatte!

Den Mietvertrag über die Mensa, die der Träger, das Akademische Förderungswerk (AkaFö), keinen Privatpersonen zur Verfügung stellt, wollte er dadurch erschleichen, daß er sich als Vertreter des „hot club an der rub“ ausgab. Im Glauben, daß dies eine beim Rektorat eingetragene studentische Vereinigung sei, gab das AkaFö eine Zusage. Als es jedoch erfuhr, daß Klein kein Vertreter einer eingetragenen Gruppe war, wurde der Vorvertrag angefochten und Herrn Klein die Auflage gemacht, sich um die Eintragung des „hot club“ in die Liste des Rektors zu bemühen. Klein erfüllte diese Bedingung nicht, sondern sagte die Fete ab.

Ein guter Zweck!

Vorher versuchte er jedoch noch, den Asta als Sündenbock darzustellen. Er ließ wissen, daß der Reinerlös für „Amnesty International“ vorgesehen sei. Dieses Gerücht griff die BSU auf, die offensichtlich über gute Kontakte zur Overbergstraße 4 verfügt, wo neben Gerd Klein noch der „RCDS“ und die „Schwarzburgverbindung Tuis-konia Halle“ residieren. Der „Contrapunkt“ sprach gleich von einer „Amnesty-International-Fete“, obwohl Klein sich erst am 2. Februar (eine Woche nach Aushängen der ersten Plakate) mit der Bochumer A. I.-Gruppe in Verbindung gesetzt hatte — als er die Auflage vom AkaFö längst kannte. Gewiß, der Asta hätte das AkaFö drängen können, wegen des ach so

guten Zwecks diesmal eine Ausnahme von bestehenden Vereinbarungen zu machen und die Mensa einmal einer Privatperson zu vermieten. Aber wer hätte bei Herrn Klein kontrollieren können, welche Unkosten er für sich als Organisator beansprucht hätte? Und da er eine Gruppe auch im „Backofen“ spielen lassen wollte, hätte niemand die Belege überprüfen können.

Und wer hätte was von der Fete gehabt?

Die Studenten? — Wohl kaum, denn eine Jazz-Fete spricht nur wenige an, und der Eintrittspreis an der Abendkasse sollte „vielleicht 5,— oder 7,— DM kosten, je nach Vorverkaufumsatz“ (so ein „hot club“-Mitglied zur BSZ).

Amnesty International? — Vielleicht etwas, und zwar, wie ein „hot club“-Mitglied der BSZ mitteilte, „ca. 200,— oder 300,— DM“, obwohl in der Mensa ein Reinge-winn von 2000,— DM durchaus möglich ist.

Gerd Klein? — Sicherlich! 1e

B S Z

Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, Reinhard Greenen (SHB), Bernd Bekemeier (SAG), Anton-Löszlo Ostfalk (SHB), Hannes Sanger (SAG). Redaktion: Bernd Hotzrichter, Harald Jung (SAG), Axel Jost (SHB), Jörg Böhm. Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 60. Auflage 10 000 Exemplare. Anzeigenleitung: Hajo Mulsow. Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12—16. Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 60, Tel. 70 18 55 u. 71 24 16.



Arbeitslosigkeit und die Unterdrückung der Volksmassen durch ein reaktionäres Regime, das sich seit 46 Jahren nur durch Notstandsgesetze, Wahlmanipulationen und brutalen Polizeieinsatz an der Macht halten kann, haben zum heutigen Kampf gegen die britischen Besatzer geführt. Große Teile des Volkes haben erkannt, daß ihre Lage durch „Reformen“ nicht zu verbessern ist, sondern nur durch den gewaltsamen Sturz des Regimes; immer mehr durchschauen die Spalter-Taktik der Imperialisten, denen es immer weniger gelingt, katholische und protestantische Arbeiter gegeneinander aufzuheizen. Angesichts der immer heftiger werdenden Kämpfe wußte der nordirische Ministerpräsident Faulkner im August vorigen Jahres kein anderes Mittel als das „internment without trial“, d. h. mehr als 300 „verdächtige Personen“ wurden durch britische Soldaten ohne Gerichtsurteil verhaftet. Darunter waren jedoch nur etwa 30 IRA-Mitglieder, die anderen waren Bürgerrechtler und politisch überhaupt nicht aktive Bürger. Sie wurden inzwischen in ein KZ verschleppt, in dem auch gefoltert wird — das mußte selbst die englische bürgerliche Presse zugeben. Die Methoden haben die Soldaten von den Amis in Vietnam gelernt. Man hat z. B. Menschen mit verbundenen Augen aus Hub-schraubern geworfen und ihnen vorher gesagt, man befände sich in großer Höhe, in Wirklichkeit waren es nur wenige Meter.

Die Reaktion der nordirischen Volksmassen auf diese Unterdrückungsmaßnahmen zeigte den Charakter der Kämpfe. Es ist ein Volkskrieg, d. h. große Teile des Volkes kämpfen bewaffnet gegen die Besatzer oder unterstützen die Kämpfer — es handelt sich keineswegs um eine kleine terroristische Minderheit. Die Chronik einiger Augusttage in einem Stadtteil von Belfast vermittelt einen Eindruck von der Kampfbereitschaft des Volkes: „5. 8.: Harry Thorton, Crossmaglen, in Belfast erschossen; der Republikanische Club organisiert eine Protestveranstaltung bei der Kaserne von Crossmaglen, ungefähr 500 Leute

tember 71.) Nordirland ist Englands Vietnam. Das drückt sich darin aus, daß technische Überlegenheit nicht entscheidend für den Sieg ist; Entscheidend ist auf welcher Seite und wie aktiv die Massen kämpfen. Wir beobachteten wie arbeitslose Männer und Hausfrauen mit primitiven Mitteln Barrikaden bauten damit die Armee nicht in ihre Wohngebiete eindringen kann; so haben sie sich „befreite Gebiete“ geschaffen. Die häufigsten Parolen, die an die Häuserwände gemalt sind, lauten: „Britische Soldaten, raus aus Irland“, „Befreit Derry“, „Hoch die IRA“. Aus Protest gegen das internment wurde ein Mietstreik durchgeführt, an dem sich in manchen Gegenden bis zu 100% der Bevölkerung beteiligten.

So bewegen sich die Soldaten der IRA tatsächlich wie die „Fische im Wasser“ wie Mao Tse-tung es forderte. So fand in Belfast am 12. August 1971 am helllichten Tage eine Pressekonferenz der IRA statt, an der mehrere von den Briten gesuchte IRA-Führer teilnahmen, ohne in Gefahr zu sein, weil sie von der Bevölkerung beim Anrücken der Armee rechtzeitig gewarnt werden. Der Reporter der Times berichtet: „Die Pressekonferenz wurde unterbrochen durch Mr. Paddy Kennedy, Stormont MP, nachdem Späher gemeldet hatten, daß sich eine britische Armee-Patrouille näherte. Ein Führer der IRA, Mr. Joe Cahill, verließ den Raum durch einen Hinterausgang.“

Die Sympathien für die IRA sind inzwischen so stark, daß sie fast überall Unterschlupf finden, daß sie nahezu ungestört in der Republik Irland, nahe der Grenze, militärische Übungen veranstalten, daß der irische Premier Lynch nicht wagt, in der Republik ebenfalls das internment einzuführen, wie er es noch im Sommer geplant hatte.

Kein Wunder, daß die britischen Soldaten Angst bekommen: Jederzeit können sie in einen Hinterhalt geraten. Es wird ihnen jedoch nichts nützen, daß sie inzwischen auf 15 500 Mann verstärkt wurden: Sie werden ebenso abziehen müssen wie die amerikanischen Trup-

Energiekosten-, und Übersiedlungszuschüsse, ferner Erleichterungen bei Abschreibungen, usw. Die Investitionen sind nahezu risikofrei. So schreibt das Handelsblatt vom 11. 8. 1971: „Schäden durch Aufruhr sind durch Versicherung meist nicht gedeckt; die nordirische Regierung zahlt aber einen Schadenersatz, der etwa dem der Versicherung gleichkommen würde. Sie bezahlt einen besonders hohen Schadenersatz, wenn das Unternehmen auf die Wettbewerbskampagne der Regierung hin gekommen ist.“

Die ausländischen Kapitalisten produzieren zudem meist billiger als zu Hause. Die hohe Arbeitslosenquote (durchschnittlich 8%, in manchen katholischen Gebieten Londonderrys offiziellen Angaben zufolge bis zu 30%) drückt stark auf die Löhne.

Kein Wunder, daß auch die deutschen Imperialisten freudig zu-griffen. Unter den 270 ausländischen Firmen, die teilweise in Fabrikhallen einziehen konnten, die von der Regierung gebaut worden waren und schlüsselfertig übergeben wurden, sind z. B. Grundig, Hoechst, Olympia, Belzer, Strubbe, Thor. Sie kamen z. T. während der Krise 1966/67 als sie zusätzlich zu den oben genannten Vergünstigungen auch von der deutschen Regierung hohe Zuschüsse bekamen. So stellt der nordirische Finanzminister Herbert Kirk in der



SPEKTRUM

Bochum — Nordring 65 — Telefon 1 67 35

	Nicht-mitgl.	Stud.
Sa., 12. 2. 72 STAUDAMM 20.00 Uhr Pop Jazz	4,—	2,50
Sa., 19. 2. 72 TERRY GOULD (LONDON) 20.00 Uhr Folk Songs, Contemporary Songs	5,—	3,—
Sa., 26. 2. 72 DR. PETER KEILER, BERLIN, Berliner 20.00 Uhr Kohlenkastenlieder- und Polittsongs	5,—	3,—
Sa., 4. 3. 72 BOOGIE WOOGIE COMPANY (Köln) 20.00 Uhr Featuring L. v. Knobelsdorff, Piano	5,—	3,—

Mittwochs von 17.00 bis 19.00 Uhr KOSTENLOSE BERATUNG FÜR WEHRUNWILLIGE

Täglich ab 19.00 Uhr für jedermann geöffnet.